Das LINKE Wahlprogramm 2014 für die Stadt Mülheim an der Ruhr

AUCH 100% SOZIAL KOMMUNAL

DIE LINKE.

DIE LINKE.

V.i.S.d.P. Andreas Marquardt

DIE LINKE.

Inhalt

Einleitung Seite 1 - 2

I. Sozialpolitik Seite 2 - 3
1. Armut bekämpfen – Soziale Gerechtigkeit schaffen

II. Bildung – Ausbildung – Kultur – Sport – Gesundheit Seite 3 - 15
1. KiTa, Schule, Hochschule
2. Ausbildung, Weiterbildung
3. Kultur
4. Sport
5. Gesundheit

III. Zusammenleben heißt Vielfalt Seite 15 - 22
1. Kinder- und Jugendpolitik
2. Geschlechtergerechtigkeit
3. Seniorenpolitik – Älterwerden in Würde
4. Menschen mit Behinderungen
5. Migrationspolitik
6. Familienpolitik

IV. Demokratische Teilhabe Seite 22 - 26
1. Antifaschismus und konsequenter Humanismus
2. Ausbau der direkten Demokratie
3. Ehrenamt
4. Professionalisieren der ehrenamtlichen Kommunalpolitik
5. Wahlverfahren
6. Entscheidungs- und Vetorecht gegenüber Landes- und Bundespolitik

V. Stadtentwicklung – Wohnen und Energie – Umwelt – Verkehr Seite 26 - 40
1. Stadtentwicklung
2. Wohnen und Energie
3. Umwelt-, Natur- und Tierschutz
4 Verkehr

VI. Wirtschaft – Finanzen – Haushalt Seite 40 - 44
1. Die Städte und Gemeinden gehören uns, weil wir hier leben.
Aber wem gehören sie wirklich?

Schlusswort Seite 45

DIE LINKE.

Einleitung

Wir sind die solidarische Alternative und haben mehrere!

Es muss sich einiges in der Stadtpolitik Mülheims ändern, denn der Handlungsbedarf ist greifbar. Man denke nur an die hausgemachte Verschuldung durch überdimensionierte bzw. überflüssige Großmannsprojekte, die einseitige Ausrichtung und Abhängigkeit von Investoren und die verzockten Spekulations-Millionen.

Trotz sinkender Bevölkerungszahl werden weiterhin unnütz Flächen mit klimaschädlicher Bodenversiegelung verbraucht. Zusammen mit der zunehmenden Abholzung von Baumbestand beeinträchtigt dies die Lebensqualität in unserer Stadt deutlich.

Armut grenzt aus. Aber Solidarität ist machbar und notwendiger denn je. Auch in schwierigen Zeiten sollte das Gemeinwesen nicht weiter auseinander driften. Gemeinde bedeutet schließlich Gemeinschaft.

Darüber hinaus verzeichnet Mülheim als Besonderheit eine zunehmende soziale Spaltung in Vermögende und Bedürftige. Durch die Einrichtung eines Zins-Moratoriums, mehr Beteiligung der Kommunen an der weniger konjunkturabhängigen Gemeinschaftsteuer und ein institutionalisiertes Mitspracherecht der Kommunen gegenüber Bundes- und Landesebene könnte ein dauerhafter Rettungsschirm für Kommunen gespannt werden. Der Ausverkauf an Privatinvestoren sowie die Schuldenabwälzung von Bund und Land auf die Kommunen muss dringend gestoppt werden. Eine Stärkung der Haushaltseinnahmeseite könnte durch die Einführung einer Gemeindewirtschaftssteuer unter Einschluss der freien Berufe, die Gründung öffentlicher Energie- und Wohnungsunternehmen und die Offenlegung und Rückabwicklung dubioser Privatisierungsverträge erfolgen. Ungebremster und ungefragter Verkauf öffentlichen Grund und Bodens ist Diebstahl am Gemeineigentum. Deshalb darf der begrenzte Lebensraum Stadt nur noch in (Erb)Pacht vergeben werden, um gegen Privatisierungswahn und für Gestaltungshoheit auch für künftige Generationen da zu sein. Wem gehört die Stadt, wenn nicht uns allen!

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr fordert den Ausbau und die Qualifizierung des Öffentlichen Dienstes, um die Geschicke der BürgerInnen nicht dem Markt zu überlassen.

Krebs ist bundesweit die zweithäufigste Todesursache. Deshalb ist zur langfristigen Prävention ein nach Straßen ausgeschlüsseltes Krebsregister notwendig, um den Einfluss von Wohnort, Wohn- und Umweltbedingungen herauszufiltern. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist ein Verfassungs-Grundrecht (GG, Art. 2). Gesundheitsgefährdend sind ebenso der immer noch nicht umgesetzte Ratsbeschluss zum Flughafenausstieg wie auch die skandalöse Hängepartie zur Fallwerk Jost-Umsiedlung.

Nicht nur aus Gründen der Gesundheitserhaltung und des Umweltschutzes sind wir für den Erhalt der Straßenbahnen in Mülheim und gegen deren Ersetzung durch Busse. Das einst von uns initiierte Sozialticket muss seinem Anspruch gerecht werden und von Sozial-TransferbezieherInnen auch tatsächlich genutzt werden können. Daher fordern wir ein kostenloses Sozialticket zum Nulltarif.

Für jeden Privathaushalt sollte es ein kostenloses, an Haushaltsgröße und Bedarf orientiertes Grundkontingent an Strom geben, damit Stromabschaltungen der kommunalen Energieversorger und die Unbewohnbarkeit von Wohnungen weitgehend verhindert werden können. Erneuerbare Energie – dezentral und in kommunaler Hand – ist unser Ziel.

Was läuft außerdem falsch in Mülheim?

Kommunalpolitik wird insbesondere für den „Standort“ betrieben, um – wie die Oberbürgermeisterin einst bei ihrer Antrittsrede bekräftigte - Mülheim attraktiv für Investoren zu machen. Dies geschah auch unter dem Beifall der konservativen Ratsparteien, denen die Sozialkürzungsorgien noch nicht weit genug gehen. Vom Lebensort Mülheim als Stadt für alle war weniger die Rede. Die Organisation des Gemeinwohls ist Leitbild und Verpflichtung nach der Gemeindeordnung (GO NRW § 1). Alle Menschen in unserer Stadt müssen ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben führen können.

In einer Stadt wie Mülheim mit hohem Altersdurchschnitt besteht für die Förderung von alters- und behindertengerechtem Wohnraum unmittelbarer Handlungsbedarf, ebenso für Familien und SozialtransferbezieherInnen. Bezahlbares, menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Grundrecht, für das wir nachhaltig eintreten.

Wir haben Lösungen und zeigen nachfolgend weitere Alternativen auf.

I. Sozialpolitik

1. **Armut bekämpfen - Soziale Gerechtigkeit schaffen**

Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut ist menschenunwürdig. In vielen Städten im Ruhrgebiet liegt die Armutsquote inzwischen bei 25 Prozent. Das führt zur Verarmung ganzer Stadtteile. Mit Armut zu leben bedeutet für die betroffenen Menschen den weitestgehenden Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe: Kino, Kultur- und Sportveranstaltungen bleiben Wunschträume; es fehlt schlichtweg das Geld für fast alle Lebensbedürfnisse, die für die Mehrheit der Gesellschaft eigentlich selbstverständlich sind. Armut ist jedoch kein unveränderbares Schicksal. Armut ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer tiefer. Diese Entwicklung ist jedoch entgegen der herrschenden Propaganda keineswegs systemneutral, sondern hat ihre Ursache in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung und zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive bietet. Die Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in den Kommunen. In zahlreichen Stadtteilen des Reviers leben inzwischen mehr als 35 Prozent der Menschen von Hartz IV bzw. Sozialhilfe.

Der Alltag der vielen Hartz IV-BezieherInnen in Mülheim muss in jedem Aspekt erträglich gestaltet werden – bevor Hartz IV bundesweit abgeschafft und durch eine wirkliche Sozialgesetzgebung ersetzt wird. Hartz IV ist ein Bundesgesetz. Die Mülheimer LINKE meint zu diesem Bundesgesetz, dass es in weiten Teilen dem Artikel 1 des Grundgesetzes widerspricht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Um der Würde der vielen von Hartz IV betroffenen Menschen gerecht zu werden, haben die Kommunen die Aufgabe, die verheerenden Auswirkungen von Hartz IV vor Ort zu begrenzen – solange bis Hartz IV bundesweit abgeschafft ist. In Mülheim lag die Zahl der „Personen, die Unterstützungsleistungen erhielten“, veröffentlicht im „Arbeitsmarktprogramm 2014 – Stadt Mülheim an der Ruhr“, im Dezember 2013 bei 17.789 Personen, hiervon 8.993 Menschen in Bedarfsgemeinschaften. In etwas mehr als einem Drittel aller Mülheimer Bedarfsgemeinschaften leben Kinder unter 18 Jahren.

Der aktuelle Hartz IV-Regelsatz sieht für die Bildung der Kinder und Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren exakt 31 Cent (= 0,31 Euro) im Monat vor.

Für die Bildung der „Kinder und Jugendlichen in Hartz IV“ monatlich 31 Cent zur Verfügung zu stellen und dann von „bildungsfernen Schichten“ zu sprechen, erscheint uns als ein Zynismus, der kaum noch überboten werden kann.

Um gerade die Kinder, aber auch alle anderen BezieherInnen von Hartz IV, vor der vollends vollzogenen Ausgrenzung aus der Gesellschaft zu bewahren, wird die Mülheimer LINKE in den kommunalen Gremien die Umsetzung des folgenden Maßnahmenkatalogs fordern: Ein kostenloses gesundes Mittagessen in Krippe, KiTa und Kindergarten, die kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen, eine kostenlose medizinische Versorgung und den kostenlosen Zugang zu allen Bildungseinrichtungen, Schwimmbädern, Bibliotheken und Theatern aufgrund eines Sozialpasses.

Niemand darf aufgrund Hartz IV aus seiner Wohnung getrieben werden. Bei den Wohnkosten sind die gestiegenen Mieten und Nebenkosten, insbesondere die Energiekosten, voll zu berücksichtigen. Jede Kommune hat den alleinigen Handlungs- und Entscheidungsspielraum, in welcher Höhe sie Wohnkosten für Menschen bewilligt, die in ein Leben mit Hartz IV oder Grundsicherung gezwungen sind. Die Mülheimer LINKE tritt deshalb auf kommunaler Ebene für die Übernahme der Wohnkosten ein, basierend auf dem Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels, bzw. entsprechender örtlicher Vergleichsmieten.

Kostenlose Startsets für Kinder erwerbsloser Eltern, Lernmittelfreiheit und ein kostenloses Sozialticket müssen eine Selbstverständlichkeit sein. In Mülheim wurde ein sogenanntes „Sozialticket“ eingeführt. Der hohe Preis von 29,90 € kann allerdings von Leistungsberechtigten unmöglich aufgebracht werden. Der aktuelle Hartz IV-Regelsatz ab Januar 2014 sieht als Ausgaben für „Verkehr“ übrigens nur 24,62 € vor und ist für Kinder und Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren nochmals auf 13,65 € nahezu halbiert. Da kein Leistungsberechtigter die, auch über den vorgesehenen Regelsatz für Mobilität hinausgehenden, 29,90 € für eine Monatskarte erübrigen kann, fordert die Mülheimer LINKE ein Sozialticket zum Nulltarif. Mobilität ist ein Grundrecht eines jeden Menschen. Eine weitere Forderung der Mülheimer LINKEN ist die konsequente Aufhebung der Einstellungssperre im Sozialbereich. Die mit der wachsenden Armut ständig steigende gesellschaftliche Herausforderung verlangt nicht weniger, sondern mehr soziale Arbeit. Speziell für Arbeitslose sollen geeignete Weiterbildungsangebote im sozialen Bereich zur Verfügung gestellt werden, damit eine flächendeckende Versorgung mit Dienstleistungen im Sozialbereich garantiert ist. Somit würden elementare Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft gleichermaßen erfüllt.

Grundsätzliche Forderung der Mülheimer LINKEN ist das Umwandeln von 1-Euro-Jobs in öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Bundesweit ist eine sehr deutliche Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze zwingend notwendig – das wäre überdies auch im Sinne des Mülheimer Einzelhandels, der sich ebenfalls in prekärer finanzieller Notlage befindet. Letztendlich muss Hartz IV abgeschafft und durch eine Sozialgesetzgebung ersetzt werden, die diesen Namen verdient.

II. Bildung – Ausbildung – Kultur – Sport - Gesundheit

1. KiTa, Schule, Hochschule

Gute, gebührenfreie KiTas für Alle!

Bildung fängt schon vor der Schule an! Kindertageseinrichtungen begreifen wir in erster Linie auch als Bildungseinrichtungen.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu starken, freien, selbstbewussten, sozial kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen.

Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Verlässliche, gute Ganztagsangebote für Kinder in KiTas sind jedoch nach wie vor Mangelware. Für Unter-Dreijährige gibt es zu wenig KiTa-Plätze, der Ausbau stockt, Eltern sind unzufrieden. In Mülheim fehlen noch ca. 170 Unter-Dreijährigen-Plätze und ca. 240 Über-Dreijährigen-Plätze. Über den quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung ist außerdem die Qualität in Vergessenheit geraten. Es fehlen Erzieherinnen und Erzieher sowie entsprechende Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Zu große Gruppen, gering qualifiziertes Personal, beengte Räumlichkeiten, minderwertiges Essen, zu kurze und unflexible Öffnungszeiten und unzureichende Teilzeitbetreuungsangebote runden das desolate Bild ab. Zudem wird die für Städte kostengünstigere und für Eltern wesentlich teurere Tagespflege massiv ausgebaut, um den Mangel an KiTa-Plätzen zu vertuschen. Keine akzeptable Alternative ist das „Verfrachten“ eines Kindergartens in Container, z. B. auf dem Schulhof der Gustav-Heinemann-Gesamtschule, wie es seitens der Stadtverwaltung bereits 2013 vorgeschlagen wurde: Für erst einmal zwei Jahre sollten dort 70 Kinder im Alter bis zu drei Jahren untergebracht werden. Die Außenfläche – und somit die Bewegungsfreiheit der größeren spielenden Kinder und Jugendlichen – ist hierbei erheblich eingeschränkt, während gleichzeitig der Mittagsschlaf der ganz Kleinen nicht mehr ungestört stattfinden kann. Ein umgesetzter Rechtsanspruch auf gute Ganztagsangebote für Kinder sieht anders aus!

Viele Eltern wünschen sich eine Kinderbetreuung von Anfang an, aber nicht nur deshalb, weil sie Berufstätigkeit und Kinder unter einen Hut bringen wollen, sondern auch, weil sie die Vorteile von frühkindlicher Bildung nutzen wollen. Deshalb setzt sich die Mülheimer LINKE für KiTa-Plätze für alle Kinder ein, deren Eltern das wünschen. Diese Plätze müssen professionell, gut ausgestattet und wohnortnah sein. Die kommunale Trägerschaft ist wesentlich, damit kein Kind abgewiesen werden kann. Ein demokratisches Einbeziehen der Eltern und ihrer Wünsche stellt hierbei eine Selbstverständlichkeit dar.

Auch bei klammen Kassen der Kommune ist ein inklusives, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagesbetreuungsangebot für ALLE Kinder von Anfang an erforderlich, das ihren unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht wird. Die Mülheimer LINKE will den Rechtsanspruch auf einen Platz für alle Kinder ab einem Jahr jeweils in einer wohnortnahen und gut ausgestatteten Kindertagesstätte realisiert sehen. Bei der Bereitstellung von Plätzen in KiTas ist der tatsächliche Bedarf zu berücksichtigen und nicht eine beliebig ermittelte Quote. Zum Rechtsanspruch gehört auch die offensive Aufklärung der Eltern über ihren Rechtsanspruch! Erwerbslose Familien in irgendeiner Weise auf 25-Wochenstunden-Plätze oder ans Ende der Wartelisten von KiTas oder Tagespflege zu verweisen, ist keine Lösung. Wesentlich ist eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuung.

Eine Verbesserung der Betreuungsqualität kann geschehen, indem Gruppen in KiTas verkleinert und die Fachkraft-Kind-Relation über den KiBiZ-Schlüssel hinaus deutlich verbessert wird. ErzieherInnen brauchen kontinuierliche Weiterbildungsangebote, besonders im Bereich der Sprachförderung. Die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie deren Arbeitsbedingungen sind zu verbessern. KiTaplätze insbesondere in kommunale Trägerschaft! Zugangsbeschränkungen müssen verhindert werden. KiTaplätze sind für alle Kinder zu schaffen, unabhängig von Konfessionen und Glauben. Betreuungseinrichtungen sollten flexible Öffnungszeiten haben, damit Eltern Beruf und Familienleben vereinbaren können.

Gleichzeitig müssen in den Einrichtungen die Standards guter Arbeit und das Kindeswohl realisiert werden. Das schließt ehrenamtliche LaienbetreuerInnen ausdrücklich aus.

Das von der Landesregierung vollmundig angekündigte „Wir lassen kein Kind zurück!“ zeigt zwei Jahre nach der Wahl der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eklatante Mängel in der Umsetzung.

Das Wohl des Kindes und die konzeptionelle Arbeit müssen in Einklang gebracht werden. Werden die Dienstleistungen ausgebaut, ist auch das Fachpersonal aufzustocken und die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie deren Arbeitsbedingungen zu verbessern.

In den KiTas sollte ein „Professionenmix“ eingerichtet werden, mit ErzieherInnen, Heil- und SozialpädagogInnen, LogopädInnen und anderen Berufsgruppen. Die Mülheimer LINKE setzt sich dafür ein, die kommunale Einstellungs- und Entlohnungspolitik dahingehend zu verändern.

Die „Billiglösung Tagespflege“ im Zuge des U 3-Ausbaus ist in seiner derzeitigen Form abzulehnen. Sie ist nicht immer der Entwicklung von Kindern förderlich und kann Kindeswohl gefährden, wenn Überforderungssituationen entstehen. Sie ist für die Eltern teurer und weniger verlässlich - wenn zum Beispiel Tagesmütter und -väter krank werden. Für die Tagesmütter und -väter ist sie eine häufig unterbezahlte, selbständige und wenig zukunftsplanbare Arbeit. Für Kommunen ist die Einrichtung von Plätzen in der Tagespflege die deutlich billigere Alternative zu neuen KiTas. Besonders problematisch sind die Qualifikationsvoraussetzungen: Nötig für eine Tagespflegeerlaubnis ist nur eine 160-stündige Ausbildung. Auch die Fachberatung und die Kontrolle der Tageseltern durch das Jugendamt und die örtlichen Träger sind zu verbessern. Die insgesamt schlechten Rahmenbedingungen in der Kindertagespflege schlagen sich häufig auf die Betreuungsqualität nieder - zu Lasten der Förderung der U3-Kinder. Die meisten Eltern wünschen sich aus diesen Gründen einen KiTa- und keinen Tagespflegeplatz. Die Qualifikation von Tagespflegeeltern müsste auch erheblich ausgebaut werden und die fachliche Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger wäre zu verbessern. Private Zuzahlungen der Eltern müssen von der Kommune unterbunden und Tageseltern existenzsichernd entlohnt werden.

Gute Schule für Alle!

Die Mülheimer Planungen im Schulbereich sind geprägt durch Reaktionen auf den Geburtenrückgang, durch finanzielle Engpässe und durch Schulschließungen. Insbesondere die finanziell benachteiligten Stadtteile im Mülheimer Norden, wie Eppinghofen, Styrum oder Dümpten, in denen viele Menschen mit niedrigem Einkommen leben, sind von Einsparungen bei Schulen und Bildung wieder einmal vorrangig betroffen. Die Mülheimer LINKE stellt diesen weiteren Einsparungen auf Kosten der Menschen insbesondere in den Stadtteilen Eppinghofen, Styrum und Dümpten ein Konzept gegenüber, das sich an den Interessen der Kinder und ihrer Eltern orientiert. Die kommunale Schullandschaft muss langfristig geplant

werden und sich an zukunftsorientierten pädagogischen Zielen und langfristigen demographischen Entwicklungen orientieren:

- ✓ inklusiv
- ✓ wohnortnah
- ✓ qualitativ gut ausgestattet
- ✓ ganztägig und kostenfrei
- ✓ mit individueller Förderung
- ✓ Familiensprachen unterstützend
- ✓ multiprofessionell (z. B. in der Schulsozialarbeit)

Dafür braucht die Kommune eine Planung, die sich frühzeitig auf die Geburtenzahlen in den Quartieren stützt und die über regelmäßige Elternbefragungen zum Schulort, zum Ganztag und zu weiteren pädagogischen Angeboten die Wünsche der Eltern ermittelt. Die Mülheimer LINKE setzt sich für eine solche Schulentwicklungsplanung ein, weil „gute Schule“ auch „gute Schulräume“ benötigt, die Gruppenräume, Räume für ein differenziertes Lernangebot sowie für Sport- und Freizeitangebote zur Verfügung hat.

Grundschule:

Die Klassengrößen darf Mülheim nach der Schulgesetzesänderung kommunal regeln. Dadurch entstehen in dicht besiedelten Stadtteilen, bei zusätzlichen Schulschließungen, übervolle Klassen, wohingegen in lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden wir auf eine angeglichene Verteilung der Klassenzahlen und auf kleine Klassen insbesondere in den Grundschulen im Mülheimer Norden achten.

Ganztag in Grundschulen ist für viele Eltern ein Ärgernis, weil Plätze Mangelware sind. Außerdem ist durch den „Offenen Ganztag“ der Tag für die Kinder, die am Ganztag teilnehmen, immer noch in Phasen des Unterrichts am Vormittag und Phasen des Spiels und der „Betreuung“ am Nachmittag geteilt. Pädagogisch sinnvoll wäre das ganztägige Abwechseln von Lern- und Spiel-Sport-Situationen. Daher tritt die Mülheimer LINKE für den gebundenen Ganztag ein.

Nach den Beschlüssen der Landessbildungskonferenz, die von der NRW-Schulministerin Löhrmann mit viel Propaganda durchgeführt wurde, soll der Ganztag nicht nur bedarfsdeckend werden, sondern bis 2020 auch „gebunden“ sein.

Hierzu müssen Kommunen jetzt schon Vorbereitungen treffen, damit alle Eltern, die einen Ganztagsplatz wünschen, diesen auch bekommen. Auch deshalb weist die Mülheimer LINKE die Verkleinerung oder den Verkauf von Schulgebäuden zurück.

Sekundarstufe I:

Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagsschulen abgewiesen. Daher setzt sich die Mülheimer LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen sich die kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird bisher oftmals mit Füßen getreten.

Sekundarstufe II:

Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrecht zu erhalten. Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot.

Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen. Daher setzt sich die Mülheimer LINKE für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot zu erreichen.

Inklusion:

Wir als Mülheimer LINKE fordern eine integrierte Förderplanung, welche die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet. Inklusion bedingt einen bedarfsgerechten Personalschlüssel, der auch SonderpädagogInnen beinhalten sollte. Bisher gibt es noch Gebäude der Förderschulen. Auch wenn zukünftig Inklusion die Absonderung nicht mehr vornimmt, sollen diese Räume doch erhalten bleiben, um Förderzentren für bestimmte Behinderungen zu ermöglichen, in denen die Förderung der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Austausch und die Fortbildung des Personals stattfinden kann. Daher wird die Mülheimer LINKE eine Raumplanung für Inklusion einfordern. Auch wenn sich die LINKE. Mülheim-Ruhr mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft ausspricht, so werden wir dennoch in den nächsten Jahren übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktklassen für Individualförderung zustimmen, die wesentliche Voraussetzung dafür sind, dass eine optimale Umsetzung auch personell gewährleistet werden kann.

Zusammenarbeit Kommune und Hochschule:

Hochschulpolitik ist Bundespolitik, gleichzeitig aber auch kommunale Strukturpolitik. „Standortpolitik“ darf nicht dahingehend missverstanden werden, dass die örtliche Wirtschaft zu großen Einfluss auf unmittelbar verwertbare Studieninhalte nimmt. Als problematisch betrachten wir die Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln und den ortsansässigen sowie überregionalen Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden, wenn sie direkten Einfluss auf Studieninhalte und die Entwicklung von Lehre und Forschung nehmen. Den „Zweck“ der Hochschule als öffentliche Einrichtung sehen wir im Wahrnehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zur Verbesserung des Lebens, dem Anregen zum kritischen Denken zur Problemlösungsfähigkeit über Tageserfordernisse hinaus, im Vermitteln einer umfassenden Bildung, dem Aufzeigen von Möglichkeiten einer vielfältigen Literatur- und Quellenforschung, dem Fördern von alternativen Denkansätzen, dem Anreiz zum Entwurf neuer akademischer Projekte in vielen Bereichen des wissenschaftlichen und sozialen Kontextes und nicht zuletzt dem Vertiefen einer verschärften Kritikfähigkeit. Hierzu aber wäre Zeit fürs Studium notwendig, bereitgestellte staatliche Mittel zur Finanzierung dieses notwendigen Zeitaufwands, interdisziplinäre Ansätze, die das Belegen von Seminaren und Vorlesungen auch in Fachbereichen beinhalten, in denen kein eigener Abschluss angestrebt ist sowie im eigenen Fachbereich die Lehre auch kontroverser und miteinander konkurrierender Denkmodelle, um das Ziel einer offenen Gesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren.

Indes, die Wirklichkeit sieht anders aus: Bildung wird auf die Herstellung ökonomisch verwertbaren Humankapitals reduziert. Mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudien

gänge und somit einer artifiziellen Konkurrenzsituation für die Studierenden wurde eine künstliche Arbeitsverdichtung auch im akademischen Bereich angerichtet.

So suchten z. B. im Jahr 2007 insgesamt 21.600 Studierende psychologische Beratung und Hilfe beim Studentenwerk. Studierende erhielten fast 50 Prozent mehr Antidepressiva als Berufstätige der gleichen Altersgruppe. Ein Reduzieren des Zeit- und Leistungsdrucks sowie die Rückkehr zu einem selbständigen und reflektierten Studiengang sind zwingend erforderlich. Im kapitalistischen System ist die Wirtschaft auf der Jagd nach kurzfristiger Rendite als Selbstzweck. Laut einer Studie des Hochschul-Informations-Systems brechen mehr als 25 Prozent der Bachelor-Studierenden ihr Studium ab.

Die Wirtschaft verfügt dann über Menschen mit akademischem Wissenszugang, die aber nicht nach akademischen Tarifen bezahlt werden müssen. Der Bolognaprozess sollte unter anderem ermöglichen, dass es für Studierende einfacher wird ein Semester im europäischen Ausland zu absolvieren. Stattdessen ist die Zahl der Studierenden, die es noch schaffen ein Semester im Ausland zu verbringen, gegenüber den alten Studiengängen deutlich gesunken. Studienleistungen werden von den europäischen Universitäten immer noch nicht gegenseitig anerkannt. Das Semester in Deutschland ist noch nicht beendet, während das Trimester im Ausland schon begonnen hat. Harmonisierung sieht anders aus. Der Hochschulverband DIE LINKE. SDS fordert deshalb mehr Toleranz bei der Anerkennung von Studienleistungen allerorts, in NRW, Deutschland und Europa. Zusätzlich wird durch die Begrenzung des BAföGs auf die Regelstudienzeit ein enormer finanzieller und zeitlicher Druck auf die Studierenden ausgeübt. Wir betrachten das Studium als gesellschaftlich relevante Arbeit, die aus öffentlichen Mitteln voll finanziert werden muss, anstatt in Darlehensform als Studienkredit - einschließlich langfristiger Verschuldung der Studierenden – nur zeitweise zur Verfügung gestellt zu werden, um mittels Zinsen für die Rendite der Banken zu sorgen. Die vollständige finanzielle Sicherheit ist notwendig, um in Würde, ohne Angst vor Verschuldung und in Freiheit lernen zu können.

Zwar ist Hochschulpolitik auch am Schluss unseres Kapitels noch immer Bundespolitik, nichtsdestotrotz wird die Mülheimer LINKE Bedürfnisse von Studierenden, vor allem ihre Ansprüche bezüglich der kommunalen Wohn-, Praktikums- und Verkehrspolitik, zukünftig gerne in die kommunalen Gremien einbringen und innerhalb der Hochschulpolitik somit hoffnungsvoll für gute Arbeit im Sinne der Betroffenen vor Ort streiten. Weiterhin unterstützen werden wir den Erhalt von studierendenfreundlichen Altbauwohnungen zu bezahlbaren Mietpreisen. Die Zwangskündigung der Studierenden an der Wissollstraße einschließlich geplanten Abrisses der Häuser zwecks – noch nicht einmal sicheren – Neubaus von Wohnungen für Studierende an selber Stelle aus finanziellem Interesse eines, höchstwahrscheinlich auch nicht gerade verarmten, Großkonzerns halten wir hinsichtlich lokalpolitischer Unternehmensstrategie für ein Armutszeugnis erster Güte – hier hat sich Tengelmann in Sachen „Public Relation“ wahrlich keinen Gefallen getan. Zu guter Letzt möchten wir alle außerparlamentarischen Kräfte zu Veranstaltungen unter dem Thema „Bundeswehr raus aus den Universitäten!“ anregen, an denen wir uns als Mülheimer LINKE gerne beteiligen werden.

2. Ausbildung, Weiterbildung

Ausbildung:

Berufskollegs – Ausbildungszentren:

Trotz angeblichen Mangels an Bewerberinnen und Bewerbern suchen viele Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen oder Schulformen. Hier will die Mülheimer LINKE die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen Anlaufpunkt erhalten.

Die Qualität der Ausbildungsbetriebe muss kommunal ermittelt werden - sowie insbesondere diejenige der bekannten kommunalen Maßnahmeträger. Öffentlich finanzierte „Maßnahmen", die sich als Beschäftigungstherapie erweisen, anstatt – auch in Zahlen nachweisbare – sinnvolle Zukunftsperspektiven für Jugendliche zu eröffnen, sind sofort zu stoppen. Sogenannte „Maßnahmen" müssen zu reellen Chancen hinsichtlich zukünftiger Beschäftigungsverhältnisse führen.

Kommune als Trägerin von Ausbildung:
Die Kommune bildet oftmals nur in Verwaltungsberufen aus, obwohl sie in vielfältigen Berufen beschäftigt. Daher fordert die Mülheimer LINKE, dass sich Kommunen in ihrem Ausbildungsbemühen an folgenden Leitlinien orientieren:

- ✓ Ausbildungsangebote weit über den eigenen Bedarf.
- ✓ Ausbildungsangebote in allen beruflichen Bereichen, in denen die Kommune Beschäftigung anbietet.
- ✓ Auszubildende bilden die Sozialstruktur vor Ort ab, vor allem beim Anteil der Förderschulabsolvierenden sowie bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- ✓ Ausbildung auch für solche Bewerberinnen und Bewerber, die auf dem sogenannten „freien Arbeitsmarkt" schlechte Chancen haben.

Weiterbildung:

Markt macht kaputt. Öffentliche Aufgabe und Gestaltungsmacht sind gefragt.
Im Rahmen der Strategie einer Rekommunalisierung muss die öffentliche Verantwortung für Weiterbildung nicht nur gesichert, sondern – wieder - vorangetrieben werden. Gegenüber Subsidiarität und Subventionierung der Weiterbildung nach Kassenlage muss die gesetzlich vorgeschriebene und noch nicht gänzlich ausgehöhlte „kommunale Pflichtaufgabe" und ein gesetzlicher „Versorgungsauftrag" deutlich hervorgehoben werden. Die Volkshochschule als Einrichtung in öffentlicher Hand muss gestärkt und ausgebaut werden.

„In fast 1.000 Städten, Gemeinden und Kreisen Deutschlands ist die Volkshochschule als *das* kommunale öffentliche Weiterbildungszentrum integraler Bestandteil der kommunalen Bildungsinfrastruktur und die bewährte zentrale Institution der kommunalen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Die kommunale Verankerung ist für die Volkshochschulen ein Identität stiftendes Merkmal. Volkshochschulen werden direkt oder indirekt von der kommunalen Selbstverwaltung getragen. Die örtlichen politischen Vertretungskörperschaften treffen hierzu die erforderlichen Entscheidungen. Sie waren und sie sind sich ihrer hohen Verantwortung für die Bereitstellung einer breiten Grundversorgung an Weiterbildung für alle Bürgerinnen und Bürger stets bewusst. Mit ihren Volkshochschulen verfügen die Kommunen über ein eigenes Steuerungs- und Gestaltungsinstrument im bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Bereich. Ziel des politischen und finanziellen Engagements der Kommunen ist es, dass sie sich zu Bildungsstandorten weiter entwickeln, in denen alle Bürgerinnen und Bürger in einem aufeinander abgestimmten und übersichtlichen Bildungssystem eine erfolgreiche Bildungsbiografie durchlaufen können. Volkshochschulen halten ein vielfältiges Angebot an allgemeiner, politischer, kultureller und beruflicher Weiterbildung vor" *(Zitat aus:*

„Leistungsfähige Volkshochschulen – Aktivposten für Städte, Kreise und Gemeinden, Gemeinsame Erklärung…der kommunalen Spitzenverbände und des Deutschen Volkshochschul-Verbandes / DVV“, Nov. 2011).

Neben den Kommunen steht das Land NRW in der Verantwortung als Gesetzgeber. Die ständigen, nur selten unterbrochenen Kürzungen der Landesmittel aus dem WBG-NRW (Weiterbildungs-Gesetz) bilden die "Axt", die zur "Kahlschlagspolitik" (DGB) führte – bestimmend für die letzten ca. 20 (zwanzig!) Jahre.

Als das Weiterbildungsgesetz 1975 in NRW in Kraft trat, deckte die gesetzliche Landesförderung rund 60 Prozent der Kosten einer VHS ab, ca. 30 Prozent waren kommunale Finanzmittel und maximal 10 Prozent wurden aus Teilnehmerentgelten eingenommen. Das ist heute ganz anders – nicht nur bei Volkshochschulen. Diese Fördermittel des Landes müssen wieder deutlich erhöht werden.

Die Mülheimer LINKE fordert deshalb den Ausbau des kommunalen Weiterbildungs-Angebots an der Volkshochschule und die kommunale Information aller Erwerbstätigen über ihren Anspruch auf Bildungsurlaub.

Mit den „Integrationskursen" hat die damalige Bundesregierung der Weiterbildung wichtige Aufgaben im Rahmen ihrer Integrationspolitik zugedacht. Es ist gut, dass es die Kurse gibt. Die Durchführungsbedingungen sind aber aus pädagogischer Sicht und aus Perspektive des Personals skandalös. Grundlegende Verbesserungen der gesetzlichen Bestimmungen für die "Integrationskurse" durch die Bundesregierung sind überfällig. Zu viele Menschen warten zu lange auf ihren Kurs oder geben ganz auf. Sie scheitern an unzulänglichen Bedingungen, werden dafür aber oft auch noch als „bildungsunwillig“ beschimpft. Skandalös sind die Beschäftigungsverhältnisse für das unterrichtende und beratende Personal – es ist zum weit überwiegenden Teil prekär beschäftigt – oder scheinselbstständig. Die Mülheimer LINKE wird diese Kurse in den Blick nehmen und kommunale Initiativen anstrengen, die Situation für Personal und Teilnehmende deutlich zu verbessern. Nur der gemeinsame Druck von Kommunalpolitik, Gewerkschaften und MigrantInnenorganisationen wird Bund und Land zu Verbesserungen zwingen.

In den Sonntagsreden der Regierungsparteien wird die Bedeutung der Weiterbildung immer wieder gebetsmühlenartig betont; im krassen Gegensatz dazu steht ihre tatsächliche Ressourcenausstattung. Gemessen an den gesellschaftlichen Notwendigkeiten steht die Weiterbildung vor einem "Berg von Aufgaben". Es fehlen weitere Grundlagenkurse für alle, die nach Abschluss ihrer Schulzeit keine soliden Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen haben - ihr Anteil liegt laut aktueller Studie bei deutlich über 7 Prozent!

Ein weiteres großes Aufgabenfeld laut PISA und anderen Untersuchungen sind die 25 Prozent der jugendlichen Schulabgänger, die eine zweite oder gar dritte Chance zum Lernen benötigen. Diese Gruppe ist in der Weiterbildung allenfalls marginal vertreten. Viele Jugendliche haben eine von der Sozialagentur aufgezwungene "Maßnahmen-Karrieren" hinter sich, sind aber trotzdem ohne eine abgeschlossene Berufsbildung geblieben. Sie verdienen ein faires Angebot, um eine anerkannte Berufsausbildung abschließen zu können, die wirklich zu einem Beschäftigungsverhältnis führt.

Die festgestellte "soziale Schieflage" ist eine große Herausforderung für die gesamte Weiterbildung - sie gilt es zu stoppen und allen Menschen Zugangschancen zu einem Weiterbildungs-System zu erschließen, das transparenter gestaltet werden muss. Anlaufstellen für alle – auch erwachsene - Ratsuchende in Bildungsfragen sind flächendeckend einzurichten und zu unterhalten. Hier ist öffentliche Verantwortung und Gestaltungsmacht dringend gefor

dert. Die Anerkennung informeller und im Ausland erworbener Kompetenzen und Qualifikationen ist unbedingt verbesserungswürdig.

Letztendlich ist festzustellen, dass Mülheim nun zwar eine neue Fachhochschule hat, dass es in unserer Stadt aber auch weiterhin an Instituten zum Erlangen der Allgemeinen Hochschulreife auf dem Zweiten Bildungsweg mangelt, wie sie z. B. in Form des Oberhausener Kollegs oder des Essener Ruhr-Kollegs in unseren Nachbarstädten bereits seit Jahrzehnten in vorbildlicher Form existieren.

Auch in diesem Bereich haben die bisherigen Mehrheitsparteien im Rat der Stadt die Zeichen der Zeit verschlafen – nicht nur BürgerInnen, die sich gerne in einem belebten und vielfältigen Stadtzentrum aufhalten würden, sondern auch junge Menschen, die sich weiterbilden möchten, bleiben auf die attraktiveren Nachbarstädte verwiesen, während Mülheim in einem Hafenbecken ohne Boote untergeht.

3. Kultur

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil einer jeden Gesellschaft. Am Umgang mit der Kultur sehen wir, wie ernst es ein Gemeinwesen mit der geistigen und schöpferischen Freiheit meint - sie ist ein Gradmesser der Zivilisation.

Kultur liefert die Denkanstöße, welche die bestehenden Verhältnisse hinterfragen - sie ist auch einer der wichtigsten Freiräume für antikapitalistische Gegenentwürfe in einer Gesellschaft. Kulturabbau heißt immer auch Demokratieabbau! Kultur findet nicht nur in eigens hierfür geschaffenen Räumen statt, sondern Kultur und Gesellschaft interagieren auf vielfältige Weise in jedem Lebensbereich. Nichtsdestotrotz gibt es in jeder Stadt auch spezifische Orte für Kulturschaffende und für kulturell interessierte Menschen. Hierzu gehören in Mülheim beispielsweise Museen, Theater, interkulturelle Festivals, das Autonome Zentrum, Ateliers für Künstler, Musikveranstaltungen, Ausbildungsstätten und vieles mehr. Diese gilt es zu erhalten!

In Mülheim an der Ruhr leben viele Menschen mit Migrationshintergrund. Damit nimmt auch die kulturelle Vielfalt ständig zu. Kunst und Kultur können einen wichtigen Beitrag in den Kommunen für Verständigung, Toleranz und Integration sowie bei der Bekämpfung von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit leisten. Kunst und Kultur sind Orte des öffentlichen Dialogs und werben für Verständnis und Toleranz. Daher fordern wir die Gründung eines internationalen Zentrums in Mülheim an der Ruhr.

Zugleich ist der Kulturbereich immer finanziell bedroht, weil seine Kosten überwiegend zu den „freiwilligen Leistungen“ der Kommune gehören. Wenn irgendwo eingespart werden soll, dann trifft es zumeist die Orte des kulturellen Austauschs. DIE LINKE. Mülheim-Ruhr hingegen fordert den Erhalt und den Ausbau der Basiskultur, der freien Szene sowie der etablierten Institutionen der sog. Hochkultur. Kultur allen Menschen zugänglich und erlebbar zu machen ist unsere zentrale Forderung. Der Zugang zu kulturellen Veranstaltungen und Institutionen darf nicht vom persönlichen Geldbeutel abhängig sein. Gebührenerhöhungen lehnen wir ab. Kulturelle Highlights einer Kommune dürfen nicht zu Veranstaltungen mit Event-Charakter für eine geschlossene Gesellschaft der finanziell Vermögenden herabsinken, sondern Kultur muss immer für alle Menschen offen und bezahlbar sein. Deshalb begrüßt die LINKE. Mülheim-Ruhr insbesondere auch die „Weißen Nächte“ des Theaters an der Ruhr, die eine garantierte Möglichkeit zur kulturellen Teilhabe für GeringverdienerInnen, für Arbeitslose, für Rentnerinnen und für andere Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln bedeuten.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr tritt ein für altersgerechte, aber anspruchsvolle, Angebote für Kinder- und Jugendliche und deren Gleichstellung mit Angeboten für Erwachsene. Eine Förderung und Gleichbehandlung neuerer kultureller Ausdrucksformen mit der etablierten Kultur betrachten wir als wünschenswert, da hiermit eine Erweiterung des intellektuellen Horizonts immer verbunden ist. Vielfalt statt einzelner „Leuchtturmprojekte"! Den Erhalt und Ausbau von Stadtteilkultur und Stadtteilhäusern mit aktiven Mitmachangeboten halten wir für wesentlich, ebenso die kommunale Unterstützung bei der Einrichtung von Proberäumen für Musikgruppen und die Bereitstellung von kostengünstigen Räumen für Kulturschaffende generell.

Der Erhalt aller kommunalen Kultureinrichtungen wie Bibliotheken, Museen und Theater muss eine Selbstverständlichkeit sein. Zu bestimmten Zeiten sollte hier der Eintritt kostenlos sein. Der Sozialtarif für Kurse an der Mülheimer Volkshochschule soll generell 10,- € betragen, wie in anderen Kommunen des Ruhrgebiets bereits üblich. Der Erhalt des Mülheimer Autonomen Zentrums AZ durch eine ausreichende Unterstützung aus finanziellen Mitteln der Kommune muss garantiert werden.

Wir fordern eine dynamische Anpassung der Kulturfinanzierung an den steigenden Kostenbedarf. Für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen muss es einen „Mülheimer Kulturpass" geben, der den freien Eintritt in alle öffentlichen kommunalen kulturellen Einrichtungen ermöglicht. Eine tarifliche Bezahlung der Kulturschaffenden sowie der Angestellten bei freien Trägern, deren wirtschaftliche Tätigkeit mit öffentlichen Kulturinstitutionen vergleichbar ist sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Finanzmittelumverteilung an Land und Bund muss gestoppt werden.

Wenn dieselben Parteien, die den Kommunen die Gelder kürzen, auf kommunaler Ebene die Frage stellen, wie das bezahlt werden soll, dann betrachten wir eine solche Fragestellung als artifiziell verursachten Zirkelschluss und stellen wiederum selbst die Frage, warum denn die Kommunen derart miserabel ausgestattet sind und wohin die Gelder mit Billigung der neoliberalen Parteien in einer neoliberalen Gesellschaft stattdessen fließen?!

4. Sport

Die Sportvereine sind die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Jeder dritte bis vierte Mensch ist Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport auch in der Mülheimer Bevölkerung hat. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für die Erholung und die Entspannung. Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit, zur Gemeinschaft und zu interkulturellen Aktivitäten.

Die Kommunen haben eine wichtige Aufgabe beim Erhalt der Infrastruktur im sportlichen Bereich: Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen SportlerInnen in Kneipen- oder Betriebsmannschaften in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem Menschen möglich sein. Weil er Treffpunkt und für viele ein Mittelpunkt ihres gesellschaftlichen Lebens ist, leistet der Sport auch eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Kulturen. Die Förderung von Toleranz und Akzeptanz sowie Gewaltprävention sind für viele Vereine wichtige Ziele. Es ist deshalb falsch, wenn eine Kommune im Sporthaushalt zu kürzen versucht.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr tritt ein für den Erhalt der Sportstätten in Mülheim, insbesondere als wohnortnahe Anlagen in den Stadtteilen. Besonders in bevölkerungsreichen Stadtteilen

mit nur wenigen Grünflächen müssen die Sportanlagen nicht nur erhalten werden, sondern auch für spielende Kinder zugänglich sein. Notwendig sind bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten. Barrierefreie Zugänge für Menschen mit Behinderung müssen überall dort geschaffen werden, wo sie noch nicht existieren. Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten. Eine kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine ist notwendig, einschließlich besonderer Angebote für z. B. Berufstätige, ältere Menschen und MigrantInnen. Es sollte eine Förderung von Fanprojekten gegen gewaltbereite Hooligans in Kooperation mit den Fußballvereinen geben.

Den Ausbau von Kunstrasenfußballplätzen unterstützen wir, ebenso die Förderung der Einrichtung von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten. Notwendig ist eine kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen - für Investitionen und Projekte an Land und Bund.

Nicht zuletzt tritt DIE LINKE. Mülheim-Ruhr ein für die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige freiwillige Arbeit im Rahmen öffentlicher - und ohne individueller Zwangsverpflichtung seitens der Sozialagentur aufgrund SGB II angetretener -Beschäftigungsmaßnahmen.

5. Gesundheit

Gesundheit ist ein Menschenrecht!
Was verbirgt sich hinter dieser Aussage?

Per Definition der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Gesundheit ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung.

Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?
Armut macht krank und Krankheit macht arm!
Auch hier wird das soziale Gefälle in unserer Stadt wieder überdeutlich. Einkommen und Bildung spielen beispielsweise beim Thema „Gesunde Ernährung“ eine große Rolle. Im Norden unserer Stadt, also den einkommensschwachen und infrastrukturell benachteiligten Gebieten, ist eine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit Arztpraxen ein Mangel. Dazu kommt die schlechtere Wohnsituation in industrienahen Gebieten. Die LINKE. Mülheim-Ruhr setzt sich ein für quartiersbezogene Aufzeichnungen über Krankheitshäufungen und Todesursachen, zum Beispiel nach Umweltursachen und daraus abgeleitetem Handlungsbedarf (unter anderem Einrichtung eines Krebsregisters für verkehrsreiche Straßen und emissionsstarke Industriebetriebe).

Lärm ist die wesentliche akute Umweltbelastung in den Stadteilen und Wohnvierteln von Mülheim, dabei rangiert der Fluglärm vor dem Straßenverkehrslärm. Trotz Ausstiegsbeschluss des Stadtrats 2012 für den Flughafen Essen-Mülheim ist dieser Beschluss nach wie vor nicht vollzogen und die Stadtbevölkerung insbesondere in den Stadtteilen Saarn, Broich und Heißen leidet darunter.

Feinstaubelastung, wie sie täglich das Fallwerk Jost in Speldorf (Schrottrecycling) erzeugt, ist wegen des Überschreitens der Grenzwerte für die Anwohner ein jahrelanges Ärgernis. Hinzu kommt die besorgniserregende Verseuchung von Luft und Boden im Trinkwasserschutzgebiet. Der einstimmige Verlagerungsbeschluss des Rates aus dem Jahr 1993 ist noch immer nicht umgesetzt.

Eine hohe Zahl von motorisierten Pendlern von und zu den Nachbarstädten ergibt täglich eine hohe Belastung an Lärm sowie Feinstaub für uns alle.

Nicht förderlich für eine gesündere Luft ist auch die ungebremste Flächenversiegelung durch Bautätigkeit im gesamten Stadtgebiet – trotz sinkender Bevölkerungszahl –, die den kleinräumigen Luftaustausch und Sauerstoffnachschub verhindert. Der Kahlschlag des Ruhrparks gegenüber dem Rathaus zugunsten des Bauklotzes für Pleite-Ruhrbania ist ein weiteres Zeugnis von Vernichtung gesundheitlicher Ressourcen in der Innenstadt.

Unerklärbar, wie sich das alles mit Mülheims Selbstverständnis als „Klimazone“ verträgt.

Deshalb vertritt DIE LINKE. Mülheim-Ruhr die Festlegung regionaler Gesundheitsziele im Rahmen von kommunalen öffentlichen und transparenten Gesundheitskonferenzen. So wird der Prävention und der Gesunderhaltung ein deutlich höherer Stellenwert eingeräumt. Dazu bedarf es unter anderem des Ausbaus des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Gesundheitsamt) als notwendiger Schaltzentrale.

Immer mehr Krankenhäuser stehen vor einem finanziellen Kollaps wegen massiv gestiegener Wasser-, Abwasser- und Energiekosten, nicht gezahlter Investitionen von Land und Bund sowie des Konkurrenzdrucks, der sie dazu treibt, sich wie Wirtschaftsunternehmen zu verhalten. Personalstellen werden abgebaut, Pflegekräfte versorgen immer mehr Patientinnen und Patienten, Personal arbeitet unter belastenden Bedingungen, die zum Teil zu alarmierenden Krankenständen führen. Beschäftigte der Cafeterien, der Haustechnik, Labore, Gärtner sowie die Reinigungskräfte werden bereits seit Jahren schon in Servicegesellschaften ausgegliedert. Dies bedeutet dramatische Lohnsenkungen für Beschäftigte in ohnehin schlecht bezahlten Berufen. Krankenhäuser als einem Bereich der Daseinsvorsorge wirtschaftlichem Druck auszusetzen, hält DIE LINKE. Mülheim-Ruhr für einen grundsätzlich falschen Ansatz.

Es ist dringend geboten, die Privatisierung des Gesundheitswesens aus Profitinteressen zu stoppen. Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand.

Obwohl zwei Krankenhäuser existieren (das evangelische EKM und das katholische St. Marien Hospital), machte eine Demonstration von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Geschäftsführung und der Gewerkschaft ver.di vor dem EKM im Juli 2013 für eine faire Krankenhausfinanzierung, auf die Gefährdung der Versorgung von Patientinnen und Patienten aufmerksam.

Pflege ist als Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge Aufgabe der Gesellschaft. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, organisiert und finanziert bedarfsgerechte menschenwürdige Pflege.

Die Pflegeversicherung ist jedoch nur eine Teilkaskoversicherung und chronisch unterfinanziert. Sie gewährt Menschen mit Pflegebedarf nur einen Zuschuss zu den Kosten der Pflege, die dann familiär, nachbarschaftlich oder ehrenamtlich ergänzt werden soll. Einkommen und Vermögen der Betroffenen wird vielfach komplett aufgebraucht, viele Menschen geraten in

Abhängigkeit von der Sozialhilfe oder von der Unterstützung ihrer Angehörigen. Hinzu kommt die häufige Überlastung der Angehörigen mit der Pflegesituation.

Die Betroffenen oder ihre Angehörigen haben darüber hinaus in den stationären Einrichtungen zuwenig Mitsprache-, Widerspruchs- und Kontrollrecht und werden somit wehrlos gemacht.

Auf der anderen Seite wird die anspruchsvolle und körperlich, seelisch und psychisch anstrengende Arbeit der Pflegekräfte nicht angemessen anerkannt und vergütet. Die starren Zeitvorgaben der Krankenversicherungen ohne jede Berücksichtigung der kommunikativen und sozialen Bedürfnisse der Patienten und die schlechte Bezahlung des Personals bestimmen das Bild. Nur durch den hohen persönlichen Einsatz vieler Pflegekräfte weit über die Belastungsgrenzen hinaus ist es möglich, den von der Pflege abhängigen Menschen in den stationären Einrichtungen ein menschenwürdiges Leben zu bieten.

Dabei müsste sich die Institution „Pflegeinrichtung“ an der Lebensgestaltung der Menschen ausrichten und nicht die Menschen für die Institution passend gemacht werden. Ein Leben mit Unterstützung, also so normal wie möglich bis zum letzten Atemzug, sollte das Leitbild sein.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr tritt ein für die Weiterentwicklung kommunaler Hilfestrukturen, die eine soziale Teilhabe für die Betroffenen in der Mitte der Gesellschaft gewährleistet, den Einsatz von speziell geschulten AGnES-Fachkräften (Arzt entlastende, Gemeinde nahe, E-Health gestützte Systemische Intervention), die Hausbesuche machen und die Einrichtung persönlicher Assistenz zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Wünschenswert wäre ein Austausch von Wissen sowie die gemeinsame Festlegung von Zielen im Rahmen von kommunalen Pflegekonferenzen mit allen Betroffenen und Beteiligten.

Es bedarf einer Beteiligung der Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörigen an allen sie betreffenden Entscheidungen in Zusammenarbeit mit Kranken- und Pflegeversicherung sowie Sozialhilfe auf der Basis eines sachgerechten Informationsaustausches.

Unabdingbar für eine funktionierende Kommune ist ein gesellschaftlicher Dialog über menschenwürdige Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Pflegebedarf, darüber, was uns eine zugewandte, respektvolle und individuelle Pflege wert ist.

III. Zusammenleben heißt Vielfalt

1. Kinder- und Jugendpolitik

Für die Rechte der Jugend!
Kinder und Jugendliche besitzen wie Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf Teilhabe. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen seit Jahren vernachlässigt. Viele Angebote werden abgebaut und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt. Besonders präventive Angebote wie die dringend benötigten Jugendzentren sind von kommunaler Kürzungspolitik bedroht. Die Mülheimer LINKE tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in den kommunalen Gremien entgegen, um allen Kindern und Jugendlichen den gleichberechtigten Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten zu erhalten.

Kinder und Jugendliche brauchen selbst gestaltbare Freiräume und nicht-kommerzielle Spiel-, Sport und Freizeitgelegenheiten. Dennoch verwahrlosen solche lebensweltlich orientierten und präventiv wirkenden Lernorte und Teilhabemöglichkeiten immer mehr und fallen dem Sparzwang zum Opfer. Gerade Kinder und Jugendliche aus armen Familien werden so in ihrer Freizeitgestaltung massiv benachteiligt. Die Politik vor Ort berücksichtigt immer weniger ihre Bedürfnisse und Teilhaberechte und entscheidet an ihnen vorbei. Dabei sind aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendlichen unverzichtbar. Hilfen zur Erziehung, insbesondere präventive Angebote wie Beratung für Kinder und Jugendliche sind, unabhängig von Haushaltssperren, auszubauen statt zu kürzen. Hierzu gehört auch eine zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten.

Die Mülheimer LINKE tritt ein für eine besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial benachteiligten Stadtteilen sowie für selbst verwaltete Jugendzentren mit guter Sach- und Personalausstattung. Jeder größere Stadtteil sollte ein entsprechendes bedarfsgerechtes Angebot anbieten.

Den Erhalt von Freiflächen als zwanglose Treffpunkte halten wir darüber hinaus ebenfalls für sinnvoll. Bei der Planung und Gestaltung von Spielflächen sollten Kinder und Jugendliche nach ihren Interessen gefragt werden.

Die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume könnte den zur Verfügung stehenden Freizeitraum noch einmal zusätzlich vergrößern. Hierzu würde auch eine Nutzung von Sportplätzen, -hallen und Schwimmbädern unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit beitragen. Kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben. Die flächendeckende Einführung kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstige Ferienfreizeiten wären ebenfalls ein Beitrag zur Steigerung der Freizeitqualität.

Die Mülheimer LINKE begrüßt die vielfältigen Vorschläge, Anträge, Anfragen, Anregungen und Aktivitäten des Jugendstadtrats und dessen Beteiligung an den kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen. Zusätzlich schlagen wir bundesweit eine Senkung des Wahlalters bei Bürgerbegehren, -entscheiden und Kommunalwahlen auf 14 Jahre vor. Eine ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen sowie ein Angebot an kostenlosen Proberäumen und der gebührenfreie Zugang zu technischem Equipment und Musikinstrumenten sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendkultur gehören als verpflichtender Bestandteil in den Kinder- und Jugendförderplan. Anstatt auch bei Jugendveranstaltungen Gebührenerhöhungen zu beschließen, wäre der kostenlose Eintritt für Kinder und Jugendliche zu allen kommunalen Angeboten notwendig. Wer schon frühzeitig an kulturellen Veranstaltungen teilnimmt, behält das Interesse an Kultur, wie z. B. an Musik, Literatur, Kunst, Politik und Geschichte, ein Leben lang.

2. Geschlechtergerechtigkeit

Die Gleichberechtigung der Geschlechter sollte inzwischen eine Selbstverständlichkeit geworden sein. Jedoch sind wir von der Umsetzung nach wie vor weit entfernt.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ein Leben in Sicherheit und ohne Gewalt, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – für all dieses muss nach wie vor gekämpft werden.

Dabei reicht es nicht aus, sich für Gleichbehandlung einzusetzen, sondern die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter, also die aktive Förderung von Gleichheit, muss zentrales Thema sein. Ziel ist die gleiche Teilhabe an persönlichen und beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten und die Chance zur Umsetzung individueller Lebensentwürfe. Dabei ist es ebenso erforderlich, dass die Politik vor Ort Angebote für alle unterschiedlichen Lebensformen, nicht nur für die bürgerliche Ehe, entwickelt. Das schließt Lebensweisen von Lesben, Schwulen und Bisexuellen mit ein. Die besonderen Lebensproblematiken von Intersexuellen sowie Transgendern sind unterstützend mit zu berücksichtigen.

Grundlegende Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist eine existenzsichernde Beschäftigung. Frauen sind insbesondere von der Problematik Niedriglohnsektor, Altersarmut und HARTZ IV–Bezug betroffen. Die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in den Verwaltungen, die Ersetzung von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den kommunalen Verwaltungen und die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen stellen auf diesem Weg die ersten Schritte dar.

Diese Maßnahmen sind zu flankieren zum einen durch die Unterstützung alleinerziehender Frauen vor Ort, u. a. bei der Wohnungsbeschaffung, bei Kinderbetreuung und bei Versorgung im Krankheitsfall und zum anderen durch Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation.

Dazu gehören auch die kostenlose Abgabe von Verhütungsmittel für Frauen in finanziellen Notlagen sowie die rezept- und kostenfreie Abgabe der sogenannten ‚Pille danach‘.

Bei alldem gilt es, ein Leben in Sicherheit und ohne Bedrohung für alle Frauen zu gewährleisten. Dies kann geschehen durch den Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern und Zufluchtsorten für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind sowie durch einen weitergehenden Schutz gegen Abschiebung bzw. ein Bleiberecht von Migrantinnen, die familiärer Gewalt oder auch erzwungener Prostitution ausgesetzt sind.

Aber auch das Stichwort ‚Sichere Stadt‘ kann durch die Einrichtung von ausreichender Beleuchtung an allen Straßen und Wegen, von Frauenparkplätzen und Notrufeinrichtungen sowie durch die Berücksichtigung von Fraueninteressen beim ÖPNV (z. B. ‚Nachttaxi‘ und zeitverkürzte Taktungen auch in den späteren Abendstunden) mit Leben gefüllt werden.

Auch in Zeiten klammer Kassen bedarf es einer besonderen Förderung und des Erhalts von Frauen- und Mädchenprojekten, sowie der Unterstützung von Treffpunkten für Mädchen sowie der Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule.

3. Seniorenpolitik - Älterwerden in Würde

Den Zusammenhalt einer Gemeinschaft erkennt man nicht zuletzt daran, wie diese mit Schwächeren umgeht. Viele Menschen erreichen in unserer Gesellschaft glücklicherweise ein immer höheres Alter. Die LINKE. Mülheim-Ruhr betrachtet dies als großen, die Gesellschaft bereichernden, Wert, nicht als so oft geäußertes ‚Problem‘. Altersdiskriminierung ist für uns nicht hinnehmbar. Eigene Ansprüche und Bedürfnisse, die das Alter mit sich bringt, lassen sich nicht auf Rente, Pflege und Gesundheitskosten reduzieren. Dazu gehören auch das Recht auf Mobilität und das Recht auf Wohnen in vertrauter Umgebung.

Die LINKE. Mülheim-Ruhr hält es für unabdingbar, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Deshalb treten wir für die Erstellung eines langfristig konzipierten und kontinuierlich zu aktualisierenden kommunalen Altenhilfeplans ein. Unter Einbeziehung möglichst vieler älterer Menschen und in Zusammenarbeit mit Stadtrat, Verwaltung und Seniorenbeirat sollten die Inhalte und Richtlinien für kommunale Seniorenpolitik erstellt werden.

Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat im Landesdurchschnitt einen erhöhten Anteil von Mitbürgerinnen und Mitbürgern über 65 Jahre. Seit 2003 hat Altersarmut in Mülheim signifikant zugenommen, zum Stichtag 1. Oktober haben 2475 Personen in Mülheim die sogenannte „Grundsicherung im Alter"(SGB XII) bezogen. Dies ist im Vergleich zum Jahr 2012 eine Steigerung um 12,5 Prozent. Öffentliches Geld - wie zum Beispiel Wohngeld – ist bei Bezug dieser Leistung ausdrücklich ausgeschlossen. Die Stadtverwaltung bietet lediglich die kostenlose ‚Senioren-, Pflege- und Wohnberatung' an, dass heißt die Begleitung bei Planung und Durchführung einer sicheren praktischen Anpassungshilfe der Wohnung sowie die Beratung über Finanzierungsmöglichkeiten und Hilfestellung bei erforderlichen Anträgen. Von städtischen Krediten oder gar Zuschüssen ist im Gegensatz zu günstigen öffentlichen Bodenpreisen, beispielsweise beim „100-Häuser-(Eigenheim)-Programm für Familien", keine Rede. Die freie Entscheidung für ein selbstbestimmtes Leben in gewohnter Umgebung darf nicht aus finanziellen Gründen eingeschränkt werden.

Jedoch sind bisherige Projekte wie „Miteinander Wohnen ohne Barrieren" an der Brüsseler Allee oder „Altersgerechtes Leben am Fünter Weg", aber auch das Konzept „Modernes Wohn- u. Pflegeheim als betreutes Wohnen" wie beim Evangelischen Wohnstift im Dichterviertel, beim Evangelischen Wohnstift Raadt oder beim Evangelischen Wohnstift Uhlenhorst für Durchschnittsrenterinnen und –rentner schon jetzt nicht mehr finanzierbar.

Auch die Situation in den Alten- und Pflegeheimen verschlechtert sich weiter. Im Rahmen einer dringend notwendigen Reform der Pflegeversicherung steht für DIE LINKE. Mülheim-Ruhr die Sicherung eines selbstbestimmten und menschenwürdigen Lebens der Pflegebedürftigen im Vordergrund.

Ergänzend bedarf es einer stärkeren Förderung von ambulanten Versorgungsformen wie etwa Wohngemeinschaften und Mehrgenerationen-Wohnanlagen mit ergänzenden Serviceangeboten sowie der Erweiterung der Angebote zur Integration an Demenz erkrankter Menschen.

Alten- und Pflegeheime dürfen nicht als ‚Wirtschaftsunternehmen' miteinander konkurrieren, der Mensch nicht zur Ware reduziert werden. Der Trend in Richtung angelernter Billigkräfte, zu Qualitätsverlust und schlechteren Arbeitsbedingungen setzt sich weiter fort. Dies geht zum einen zu Lasten der Seniorinnen und Senioren, zum anderen aber auch zu Lasten des Pflegepersonals. Hier gilt es einen anderen Weg einzuschlagen. Städtische Alten- und Pflegeheime dürfen nicht privatisiert werden. Alle Pflegeheime müssen mehrmals im Jahr unangemeldet kontrolliert, Verstöße sanktioniert werden. Es ist erforderlich, in Mülheim eine zentrale und unabhängige Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege einzurichten. Dazu ergänzend sollten stadtteilnahe Beratungsstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige installiert werden. Der Ausbau von ambulanten Hilfen in den Stadtteilen sowie die Unterstützung von alternativen, selbstorganisierten Wohnformen und Selbsthilfe- und Nachbarschaftsprojekten sind zu fördern.

Der Seniorenbeirat der Stadt muss zu einem ständigen Organ des Mülheimer Stadtrates ausgebaut und bei allen Themen, die die Seniorinnen und Senioren in Mülheim betreffen, mitentscheiden und gehört werden.

Weitere zentrale Punkte unserer Seniorenpolitik sind die 100-prozentige Umsetzung von barrierefreiem Zugang zu öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln, die Ermöglichung von bedarfsgerechtem Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften, die Einrichtung und Unterstützung von Begegnungsangeboten in erreichbarer Nähe und die Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten in den Stadtteilen.

Das Thema ‚Seniorenpolitik' darf aber auch vor dem Arbeitsmarkt nicht halt machen. Viele Menschen sind aufgrund der unsozialen Rentenpolitik der letzten Bundesregierungen gezwungen, länger zu arbeiten. Obwohl gerade auch dafür Arbeitsplätze fehlen und viele Unternehmen in den letzten rund zwei Jahrzehnten immer mehr Arbeitnehmer frühzeitig in den Ruhestand geschickt oder entlassen haben. Hier bedarf es der Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um länger am Arbeitsleben teilnehmen zu können (bedarfsgerechte Weiterbildung und Gesundheitsmanagement), Aufrechterhaltung von Instrumenten wie Altersteilzeit oder Zeitwertkonten, Berücksichtigung älterer Menschen bei Einstellungen insbesondere auch in der Verwaltung sowie bei kommunalen Eigenbetrieben und der Einhaltung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst.

Die soziale Spaltung der Stadt macht auch vor den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht Halt. Vom Pflege-Notstand ist bereits überall die Rede, altersgerechte und bezahlbare Wohnungen sind ein ebenso dringendes Thema in Mülheim. Es ist höchste Zeit, dass diesen Missständen Einhalt geboten wird.

4. Menschen mit Behinderungen

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr steht für eine moderne Gesellschaft ohne Barrieren. Wir fordern die Umsetzung der „UN-Behindertenrechtskonvention", sowie die „Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt". Auch brauchen wir dringend eine/n Inklusionsbeauftragte/n, den die Kommune ernennen sollte. Diese/r sollte in allen Fragen der örtlichen Daseinsvorsorge und Gestaltung gehört werden müssen.

Die Verwaltungen sollen amtsübergreifende Inklusionsteams bilden und die notwendige Qualifizierung ihrer Beschäftigten sicherstellen. Weiterhin fordern wir die bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage sowie eine Assistenz in jeder Phase des gesellschaftlichen Zusammenhangs. Auch brauchen wir sofort barrierefreie und behindertengerechte Straßen- und U-Bahnen sowie Bahnsteige – nicht erst ab dem Jahre 2020, wie aktuell in den Lokalzeitungen angekündigt, die sich gegenwärtig ebenfalls mit dieser ungelösten Problemstellung beschäftigen. Die Bahnsteige müssen an jedem Ort an die jeweilige Bahn angepasst werden. Zudem brauchen wir bezahlbaren, barrierefreien und behindertengerechten Wohnraum in Mülheim.

Warum fordern wir das alles als DIE LINKE. Mülheim-Ruhr?
Wir denken, dass jeder Mensch die Chance haben sollte, sich am Alltagsleben zu beteiligen. Hierzu zählt unter anderem Freizeit, Kultur und Arbeit. Derzeit gibt es nur eines in Mülheim an der Ruhr: Das sind Barrieren - und diese sind in jeder Lebenslage vorhanden. Die Kommune Mülheim blamiert sich, wenn es um die Einhaltung der Zielvorgaben in der „Europäische(n) Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt" geht. Für Menschen mit Behinderungen wurde in unserer Stadt wenig getan und diese Versäumnisse wurden auch nach 2004 (= Europäische Charta) nicht revidiert. Zitat: *"Die Stadtverwaltung unternimmt alle notwendigen Schritte, um behinderte Menschen voll in das Leben der Stadt zu integrieren.*

Wohnungen, Arbeitsstätten und Freizeitanlagen müssen daher bestimmten Anforderungen entsprechen. Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen allen zugänglich sein.“ Nichts davon kann die Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld und ihre SPD einhalten. Sozial geht also anders. Dafür brauchen wir nun endlich eine starke Alternative und diese kann nur DIE LINKE. Mülheim-Ruhr schaffen.

5. Migrationspolitik

In vielfältiger Hinsicht sind MigrantInnen eine Bereicherung. Das gilt sowohl für Mülheim als auch für NRW und für die Bundesrepublik. Kulturell, wirtschaftlich und sozial leben wir in der Begegnung und im Austausch mit Menschen unterschiedlicher Herkunft. Das Ruhrgebiet war insbesondere im letzten Jahrhundert ein Schmelztiegel, nicht zuletzt aus gastronomischer und sportlicher Perspektive. Unsere humanistische Tradition verpflichtet uns im Einklang mit dem UNHCR-Flüchtlingskommissar zu einer offenen und toleranten Haltung. DIE LINKE. Mülheim-Ruhr steht für eine Politik, die allen Migrantinnen und Migranten ein selbst bestimmtes Leben ohne Diskriminierung ermöglicht. Ein solidarisches Miteinander aller Kulturen bedeutet für uns eine in jeder Beziehung gleichberechtigte Teilhabe. Gegenseitige Akzeptanz kann nur gelingen, wenn sie vor Ort gemeinsam gestaltet wird. Hierfür müssen Bund und Land entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Kommunen brauchen nicht zuletzt auch finanzielle Unterstützung, damit sie Konzepte entwickeln und Maßnahmen wirksam umsetzen können. In NRW leben Menschen aus mehr als 165 Ländern, rund ein Viertel der Menschen in NRW haben Migrationshintergrund, bei Kindern und Jugendlichen sind es sogar rund 37 Prozent. Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und bunter. Integrationsarbeit ist daher eine Pflichtaufgabe in den Kommunen.

Mangelnde Bildungsgerechtigkeit und mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe, Rassismus im Alltag, räumliche Segregationstendenzen und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund erschweren die interkulturelle Akzeptanz. Die Kommunen müssen daher ihre Einflussmöglichkeiten konsequent wahrnehmen, um Voraussetzungen für ein verständnisvolles Miteinander vor Ort zu schaffen. Grundvoraussetzung für jede Kommunikation ist die Sprache, deren Vermittlung durch Landesmittel gefördert werden muss.

Die Rechte des Integrationsrats innerhalb der kommunalen Gremienarbeit müssen, nicht zuletzt aufgrund der gewonnenen Erfahrungen, kontinuierlich verbessert werden. Wünschenswert ist hier selbstverständlich ein weitreichendes Mitbestimmungsrecht der zugewanderten Menschen, das von ihnen selbst im Gremium vertreten wird. Darüber hinaus sollte im Integrationsrat immer auch ein zwar kleinerer, aber festgeschriebener Anteil an Menschen zwar ohne Migrationshintergrund und ohne Stimmrecht, aber mit weitreichenden Kenntnissen z. B. aus ehrenamtlicher interkultureller Arbeit möglich sein. Das Ziel muss ein interkultureller Austausch und eine gegenseitige Wissensvermittlung auch an diesem Orte sein. Eine interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung ist jederzeit unterstützenswert. MigrantenInnen-Selbsthilfeorganisationen sollen von der Kommune in höchstmöglichem Maße, insbesondere auch finanziell, gefördert werden. Ein kommunales Wahlrecht, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, ist zwingend erforderlich. Es ist das volle Wahlrecht für alle Menschen mit Bleiberecht auf allen Ebenen anzustreben.

Ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept zur Verhinderung einer sozialkulturell bedingten räumlichen Ballung bzw. Ghettobildung ist bisher in unserer Stadt nicht erkennbar – nicht nur unter migrationspolitischen Aspekten. Mülheim an der Ruhr ist bundesweit eines der bekanntesten Beispiele für die klare Zuordnung von Einkommensverhältnissen zu Stadt

teilen: Die finanziell besser gestellten Menschen wohnen hauptsächlich im Süden, die mit finanziellen Mitteln weniger gut ausgestatteten Menschen leben im Norden. Viele MigrantInnen wohnen in den nördlichen Stadtteilen und hier ist statt eines Ausbaus der Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen gerade in den letzten Jahren ein intensiviertes Schließen von Grundschulen zu beobachten. Stattdessen wäre z. B. in den Schulen ein verstärktes Angebot von kostenlosen Förder- und Beratungsangeboten auch für Eltern mit Migrationshintergrund sinnvoll und wünschenswert. So sollte auch die natürliche Mehrsprachigkeit bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stetig ausgebaut werden, denn hier handelt es sich um eine besondere Qualifikation nicht zuletzt auch für das spätere Berufsleben. DIE LINKE. Mülheim-Ruhr sieht darüber hinaus Bedarf nach öffentlich geförderten internationalen Begegnungsstätten, interkulturellen Projekten, insbesondere in der Jugendarbeit, und nach Stärkung der antirassistischen Projekte in den Schulen. Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern sowie Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen ist ein Anliegen, das bisher nur sehr unvollständig bearbeitet wurde. Die Einrichtung einer kommunalen Antidiskriminierungsstelle hält DIE LINKE. Mülheim-Ruhr für ein in vielfacher Hinsicht sinnvolles Ziel.

Eine Differenzierung bei der Einwanderung nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit lehnen wir ab. MigrantInnen dürfen als Dumping-Lohnkräfte nicht gegeneinander oder gegen deutschstämmige MitbürgerInnen ausgespielt werden. Auf Bundesebene benötigen wir darüber hinaus eine formale Festlegung der Bundesrepublik als Einwanderungsland. Faktisch ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland. Wer Waffen exportiert muss sich nicht wundern, dass Menschen aus betroffenen Bürgerkriegsländern flüchten. Wenn Investmentfonds und einige Banken hierzulande sich an Nahrungsmittelspekulationen an den Börsen beteiligen, dann flüchten Menschen ins vermeintliche „Schlaraffenland“. Die Geburt in der Bundesrepublik muss ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft garantieren.

Asylsuchende, Geduldete und Illegalisierte sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie leben in den Kommunen oft unter völlig unwürdigen Verhältnissen in Sammelunterkünften und erhalten in einigen Kommunen nicht einmal die vom Verfassungsgericht als viel zu gering kritisierten Zahlungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz. Stattdessen werden sie mit Gutscheinen oder Essenpaketen abgespeist. Sie sind vielfach vom Arbeitsmarkt und von Integrations- und Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Die gesellschaftliche Teilhabe wird ihnen so verwehrt. Durch die Residenzpflicht wird ihnen das Recht auf Freizügigkeit versagt. Die oft Jahre dauernde Unsicherheit über ein Bleiberecht macht eine Lebensplanung unmöglich.
Nordrhein-Westfalen steht bei der Abschiebung an erster Stelle. Diese Abschiebepraxis muss beendet werden. Angesichts der großen Zahl von Menschen, die vor Krieg, Armut und Diskriminierung fliehen, muss Deutschland mehr Menschen aufnehmen und eine Willkommenskultur unabhängig von wirtschaftlichen Interessen entwickeln.

Dies gilt insbesondere auch für Roma und Sinti, die einer stigmatisierenden deutschen Medienberichterstattung ausgesetzt sind, die umso erschreckender ist, als dass sehr viele Sinti und Roma bis 1945 in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Die Kommune Mülheim an der Ruhr sollte bei der Anzahl der aufgenommenen Roma und Sinti nicht hinter anderen Kommunen zurückstehen, sondern als Beispiel für unterstützende Hilfeleistungen vorangehen. Bei der Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse und dem Verbannen von Sammelunterkünften sieht DIE LINKE. Mülheim-Ruhr die Kommune auf dem richtigen Weg. Sinnvoll ist hier immer ein Leben in regulären Wohnhäusern einschließlich guter Nachbarschaftsverhältnisse mit den Mülheimer „Alteinwohnern“. Diese werden dann bei der Bewältigung des Alltagslebens sicher auch ihren neuen Nachbarn unterstützend zur Seite stehen – Sammelunterkünfte hingegen treffen selten auf Akzeptanz und verhindern die In

tegration. Welche Form des Wohnens und somit auch der Akzeptanz zur Verfügung gestellt wird, liegt immer im Ermessen der politischen Entscheidungsträger – von nicht politisch gewollten „Zufällen“ kann hier keine Rede sein.

Eine Ausstattung mit Geld- statt mit Sachleistungen sollte selbstverständlich sein und wird von der Mülheimer LINKEN als Gradmesser für Humanität betrachtet. Der Zugang zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung für Asylsuchende, Geduldete sowie Illegalisierte ist ein Menschenrecht. Die Teilnahmeberechtigung an Integrations- und Sprachkursen auch für diese Menschen aus anderen Kulturkreisen ist Voraussetzung zur Integration und zu einem guten Miteinander – die Hilfestellung bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit muss eine Selbstverständlichkeit sein. Die Einbeziehung gerade auch der Kinder und Jugendlichen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, in das Bildungs- und Teilhabepaket ist Voraussetzung dafür, dass diese nicht bereits frühzeitig aus jedem gesellschaftlichen Kontext ausgegrenzt werden. DIE LINKE. Mülheim-Ruhr befürwortet und fordert weitere kommunal finanzierte Institutionen für den Ausbau des Engagements in interkulturellem Sinne. Die „Mülheimer Initiative für Toleranz“ (M.I.T.) ist hier ein Beispiel, das Autonome Zentrum (AZ) ein anderes. Es sollte zahlreiche weitere geben.

6. Familienpolitik

Die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, hat sich inzwischen verändert und ist vielfältiger geworden. Das gilt auch für die Definition des Begriffs „Familie“: Neben der traditionellen Familie leben Kinder und Jugendliche in Patchworkfamilien, eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden, die mit Kindern im gleichen Haushalt leben, ist stark gestiegen. In den industriell geprägten Großstädten Nordrhein-Westfalens wie Mülheim lebt beinahe jedes dritte Kind in einer Familie mit Migrationshintergrund – in einzelnen Stadtteilen fast jedes zweite Kind.

Wir sehen in diesen vielfältigen und unterschiedlichen Formen von Familien eine Bereicherung für das künftige Zusammenleben und eine gute Perspektive für die soziale und kulturelle Entwicklung von jungen Menschen. Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen Lebenssituationen eine vernünftige Zukunftsperspektive und gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung, Freizeit- und Sportmöglichkeiten.

Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz-IV-Regelleistungen oder von „Aufstocker-Jobs“ leben, nimmt weiter zu – ebenso wie jene der Kinder in Haushalten mit Kinderzuschlag und Wohngeldbezug, Diese Kinder aus armen Verhältnissen werden von Geburt an benachteiligt, obwohl sie mit den gleichen intellektuellen Fähigkeiten zur Welt kommen, wie die Kinder von sogenannten „Besserverdienenden“.

Ein Hauptziel der Kinder- und Jugendpolitik muss daher die Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut bei gleichzeitiger kostenneutraler Förderung aller Kinder, unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern, werden. Dabei zählen Taten und nicht Lippenbekenntnisse.

Viele Haushalte mit Kindern haben sich verschuldet. Eine große Zahl von ihnen – vor allem aus Familien mit Migrationshintergrund - lebt in den bei der Stadtplanung zu wenig berücksichtigten Quartieren wie Eppinghofen, Styrum oder Dümpten, mit nur wenigen Grünflächen und beschränkten Freizeitmöglichkeiten, weil höhere Mieten in besseren Vierteln nicht bezahlbar sind oder ein Auto nicht vorhanden ist, so dass gute ÖPNV-Verkehrsanbindungen wesentlich werden. Viele Kinder in den „ärmeren“ Stadtgebieten im Zentrum oder in den nördlichen Stadtteilen sind dem Lärm, industriellen Umweltgiften und Gefahren des Straßen

verkehrs ausgesetzt. Die Häufung typischer Krankheitsbilder wie Atemwegserkrankungen und Allergien in den industrienahen Stadtteilen ist durch wissenschaftliche Studien nachgewiesen. Weil ein erheblicher Anteil von Eltern die Vorsorgeuntersuchungen nicht regelmäßig wahrnimmt, werden frühkindliche Entwicklungsstörungen eventuell zu spät erkannt. Um für Familien mit Kindern eine gute Lebensgrundlage an ihrem Wohnort zu schaffen, fordert die Mülheimer LINKE:

- ✓ Einen Sozialpass, der Familien die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in ihrer Stadt ermöglicht.
- ✓ Ein ausreichendes Angebot von gutem bezahlbarem Wohnraum für Familien.
- ✓ Eine Wohnumfeldgestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen und bedarfsgerechten Spielplätzen. In den dicht besiedelten Stadtteilen müssen die Spielplätze besonders gut ausgestattet und regelmäßig gewartet werden. Anträge zu einer besseren Ausstattung der Spielplätze dürfen, wie beim Spielplatz Wittkampbusch unlängst geschehen, nicht einfach „abgebügelt“ oder bei der Umsetzung auf ein Mindestmaß an Kostenaufwand reduziert werden.

Darüber hinaus wären die Streetwork- und Beratungsangebote auszubauen. Familienberatungsstellen und Erziehungshilfen müssen mit den hierzu notwendigen finanziellen Mitteln auch tatsächlich ausgestattet werden.

IV. Demokratische Teilhabe

1. Antifaschismus und konsequenter Humanismus

Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen!
Der Faschismus missachtet die Menschenrechte.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr steht für eine offene, tolerante und multikulturelle Stadt. Wir unterstützen insbesondere die Interessen derjenigen MitbürgerInnen, die in einer zunehmend auf Wirtschaftlichkeit und Ausgrenzung beruhenden Gesellschaft beinahe keine Interessensvertretung mehr finden. Hierzu gehören zum Beispiel Menschen in sog. „prekären“ finanziellen Lebenslagen, MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund und Asyl begehrende MülheimerInnen, Menschen mit Behinderungen sowie ältere MülheimerInnen ohne ausreichende Renten. Latenter Faschismus wird insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten evident. Faschistische und faschistoide Organisationen, Mitglieder von rechtsradikalen Kameradschaften sowie rechtsradikale „Bürgerinitiativen“, „Wählergemeinschaften“ und Parteien zielen in sozialdarwinistischer Weise, d. h. das „Recht des Stärkeren“ kompromisslos und Gewalt verherrlichend für sich illegitim in Anspruch nehmend, darauf ab, Menschen in wenig privilegierten Lebenssituationen in krimineller Art und Weise vollständig zu entrechten.

Kriminell ist ein Verhalten, bei dem die vermeintliche Schwäche eines Menschen oder einer gesellschaftlichen Gruppe dazu genutzt wird, diese noch weiter zu schwächen, um dann von ihr zu profitieren - so wie es auch im Nazi-Regime praktiziert wurde: Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen! Aufgabe des demokratischen Staates auf allen Ebenen und der demokratischen Parteien wäre hingegen das Angleichen von ungleichmäßig verteilten Rechtsansprüchen und das Unterstützen von Menschen, die Unterstützung benötigen. Faschistische sowie rassistische Vorurteile können letztendlich nur durch eine Politik und durch eine breite auch außerparlamentarische Mobilisierung gestoppt werden, welche die soziale sowie rechtliche Ungleichheit bekämpft und überwindet. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Herkunft, Religion, Geschlecht, Hautfarbe und finanzieller Status bei der Vertei

lung gesellschaftlicher Ressourcen für ein würdevolles Leben und für die zwischenmenschliche Anerkennung keine Rolle mehr spielen.

Für DIE LINKE. Mülheim-Ruhr bedeutet das eine noch intensivere Vernetzung aller demokratischen Kräfte gegen Faschismus und Rassismus – unabhängig von unterschiedlichen Positionen in anderen Politikfeldern. Die Mülheimer Initiative für Toleranz (M.I.T.) gilt es auch weiterhin zu stärken. DIE LINKE. Mülheim-Ruhr wird weiterhin regelmäßig mit dem Autonomen Zentrum AZ, mit der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten), mit der AG „Migration & Geschichte“ in der VHS, mit dem Arbeitskreis Stolpersteine und mit MigrantInnenorganisationen zusammenarbeiten. Das Bereitstellen finanzieller Mittel für die Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, insbesondere an den Mülheimer Schulen, Jugend- und Familieneinrichtungen, ist wesentlich. Wir werden auch weiterhin bei Gegendemos auf Mülheims Straßen und Plätzen zu finden sein, wenn Pro.NRW oder ähnliche Organisationen vor der Fatih-Moschee an der Sandstraße oder vor den Wohnungen Asyl begehrender Mitmenschen wie an der Eltener Straße Veranstaltungen planen. Einsetzen werden wir uns in unseren Mülheimer Veröffentlichungen immer, auch eingedenk der Tatsache, dass hier die Bundespolitik gefragt ist, für ein Verbot der NPD sowie für ein Verbot von neu gegründeten Parteien oder Organisationen vergleichbarer Ausrichtung. Wir werden das Umbenennen von Müheimer Straßen und Plätzen (die ihre Namen manchmal auch erst in der Nachkriegszeit erhalten haben), die durch ihre Namensgebung eine Ehrung und Verherrlichung von Personen mit faschistischem Hintergrund, Militaristen und finanziellen Förderern des Nazi-Regimes bedeuten, auch weiterhin anstreben. Für Gedenktafeln antifaschistischen Inhalts werden wir uns zwecks Aufklärung, zwecks Erinnerung an die Vergangenheit und als Mahnmal für die Zukunft einsetzen. Die sehr prekäre Rolle von Teilen der Großindustrie im Nazi-Regime muss thematisiert werden. Mülheim an der Ruhr war der Wohnsitz von Hugo Stinnes, Emil Kirdorf und Fritz Thyssen. Das Verbot volksverhetzender Propaganda muss auch auf kommunaler Ebene konsequent durchgesetzt werden: Der Druck und Vertrieb neonazistischer und Gewalt verherrlichender Schriften über Verlage, Buchhandel und Kioske muss ordnungsrechtlich unterbunden werden. Es sollen alle rechtlichen und praktischen Mittel durch Verwaltung, Politik und Justiz genutzt werden, um die Aktivitäten von Neonazis zu unterbinden. Antifaschistischer Widerstand hingegen darf nicht kriminalisiert werden.

Das Mülheimer Autonome Zentrum AZ muss aktuell finanziell gesichert werden und bedarf auch zukünftig zwecks Planungssicherheit einer regelmäßigen nicht zu gering ausfallenden finanziellen Förderung. Die Funktion des Autonomen Zentrums bei der Aufklärung gegenüber faschistischen Tendenzen gerade auch der Gegenwart darf nicht unterschätzt werden. Darüber hinaus handelt es sich hier um ein wichtiges Mülheimer Kulturzentrum mit weit angelegtem inter-kulturell offenem Angebot. Nicht zuletzt fordern wir die Einrichtung einer antifaschistischen und antirassistischen Informations-, Beratungs- und Bildungsstelle in Mülheim an der Ruhr - wie sie in vielen anderen Kommunen längst existiert.

2. Ausbau der direkten Demokratie

„Alle wollen regieren, wir wollen verändern“ - Wer aber regiert in Wirklichkeit?

„Ist eine Demokratie, in der man nicht sagen darf, dass sie keine wirkliche Demokratie ist, wirklich eine wirkliche Demokratie?“ (Erich Fried, „Zur Kenntlichkeit“)

"'Die Staatsgewalt geht vom Volke aus' - aber wo geht sie hin? Ja, wo geht sie wohl hin? Irgendwo geht die doch hin!" (Bertolt Brecht, „Paragraph 1“)

Überschuldung und (drohende) Nothaushalte, Einnahmeseiten-Ausfälle durch prekäre Beschäftigung, zunehmende Verarmung mitsamt Bevölkerungsrückgang, "Sparzwänge"

(sprich: grundgesetzwidrige [Art. 20] Kürzungen im Bereich Soziales sowie öffentlicher Infrastruktur) sind schlechte Voraussetzungen für eine örtliche Demokratie, auch in Mülheim. Obwohl nach NRW-Gemeindeordnung §1 die große Bedeutung der Kommune hervorgehoben wird („*Die Gemeinden sind die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus.*"), hat sie als unterste staatliche Ebene am wenigsten zu sagen. Die Demokratie ist hierzulande auf den Kopf gestellt, denn die größte Macht geht von der EU-Kommission mit Verordnungen und Richtlinien aus, die in nationales Recht übernommen werden müssen und die den weitaus größten Teil der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze darstellen. Als nächstes fordert das Grundgesetz in Art. 31 *„Bundesrecht bricht Landesrecht"*. Und schließlich sind die Kommunen mit wenigen, begrenzten Hoheitsrechten kein selbständiges Staatsorgan, sondern lediglich ein vollziehendes Anhängsel des jeweiligen Bundeslandes. Das muss sich ändern! Zumal die Gemeinde für die BürgerInnen die wichtigste staatliche Stelle mit den häufigsten Kontakten und die zuständige Institution für die Daseinsvorsorge ist. Daher muss ein institutionalisiertes Entscheidungs- und Veto-Rechte der Kommunen als Demokratiebasis gegenüber Landes- und Bundespolitik eingeführt werden!

Wer hat die eigentliche Macht in der Kommune? *„Die entscheidende Frage, wer die Macht zur Gestaltung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse besitzt, ist heute zu Ungunsten der Politik entschieden. Nicht demokratisch gewählte VertreterInnen der Bevölkerung, sondern Repräsentanten und Eigentümer der großen Konzerne und Banken und deren Gewinninteressen bestimmen und prägen immer mehr die Geschicke des Landes."* (aus: Wahlstrategiebeschluss des Parteivorstands DIE LINKE vom 13.10. 2012).

Mehr örtliche Demokratie durch mehr Rechte der BürgerInnen und ihrer kommunalen Vertretungen!

Demokratie in Gefahr – Aber eine Demokratisierung der Demokratie ist möglich!
Unsere Lösungen: Ohne direkte Demokratie, d. h. Mitwirkungsmöglichkeiten und Einbeziehung aller Bürgerinnen vor Ort, sowie Transparenz ist kommunale Demokratie für DIE LINKE. Mülheim-Ruhr undenkbar. Dies gilt gerade auch in haushaltsrelevanten Fragen und Genehmigungsverfahren in der Bauleitplanung. Die Einführung eines sog. Bürgerhaushalts wäre ein Mittel gegen Politikverdrossenheit.

Die BürgerInnen würden bei den sog. freiwilligen Auf- und Ausgaben der Kommune mitentscheiden und sie würden nicht erst nach ihren – unverbindlichen - Kürzungsvorschlägen bei klammen Kassen in Mülheim gefragt. Ein Bürgerhaushalt würde das städtische Haushaltsgeschehen transparent machen, wäre ein Beitrag zu rationeller Mittelverteilung und Gift für Korruption und undurchsichtige Lobbyeinflüsse. Teilhabe-Modelle, die allein auf Haushaltskonsolidierung zielen, wie sie durch die Bertelsmann-Stiftung entwickelt wurden, lehnen wir ab. Dagegen könnten in einem mehrmonatigen Prozess Einwohnerinnen und Einwohner in Stadtteilversammlungen ihre Vorschläge und Ideen miteinander diskutieren und anschließend entsprechende Forderungslisten aufstellen, die der Rat in seine Haushaltsberatungen einbezieht.

Die Auswirkungen durch Entscheidungen des Rates sind am ehesten in den Stadtteilen spürbar, sei es bei der Schließung einer Jugendfreizeiteinrichtung, einer Sportstätte oder einer Schule. Gerade in solchen Fragen muss den Bezirksvertretungen ein höheres Mitspracherecht eingeräumt werden - zur Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger wäre die Einführung eines Beteiligungshaushaltes in den Bezirken ein Schritt in die richtige Richtung.

Bürgerentscheide müssen - als direkte Demokratie – dieselbe Laufzeit haben wie Stadtratsbeschlüsse. Nur auf Initiative des Rates können sie vor Ablauf von zwei Jahren mit einem neuen Bürgerentscheid geändert werden (GO NRW, Art. 26 (8)). In Mülheim wurde aber der Entscheid zur Max-Kölges-Schule in Eppinghofen aus zweitrangigen Gründen (Sich-selbst-

erfüllende-Prophezeiung) von der Bezirksregierung schon nach einem Jahr für nichtig erklärt. Das werten wir als Bruch der GO NRW und als Nichtachtung des Souveräns, den BürgerInnen.

Außerdem müssen die organisatorischen Rahmenbedingungen bei Bürgerentscheiden deutlich verbessert werden. Die Anzahl der Stimmlokale muss erhöht werden und Fahrdienste für Behinderte und SeniorInnen sind notwendig. All dies sind zwingende Notwendigkeiten, um die politisch und ökonomisch artifiziell hervorgerufene kommunale Handlungseinschränkung zu stoppen. Die Politikverdrossenheit vieler NichtwählerInnen sowie die Zunahme antidemokratischer Strömungen kann so beendet werden. Nicht zuletzt muss der demokratische Rechtsanspruch auf Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung mit entsprechend dargelegten Mitteln endlich abgesichert werden. Besonders in einem Land mit großem gemeinsam erarbeiteten Reichtum, der aber gegenwärtig nur noch einer luxuriös lebenden Minderheit zu Gute kommt, die durch eine immer intensivere Umverteilung von unten nach oben von der stetig ärmer werdenden Bevölkerungsmehrheit profitiert, muss die Struktur komplett erneuert werden. Eine Überschuldung aller staatlichen Ebenen zugunsten der sog. „Investoren“ und der vermögenden Privatleuten ist nicht länger hinnehmbar.

„Wo kämen wir hin, wenn alle sagten, wo kämen wir hin, und niemand ginge, um einmal zu schauen, wohin man käme, wenn man ginge.“ (Kurt Marti, schweizerischer Schriftsteller)

3. Ehrenamt

Wer örtliche Demokratie wirklich ernst nimmt, sollte die VertreterInnen des BürgerInnenwillens im Rat der Stadt mit mehr Zeit und umfangreicheren finanziellen Mitteln ausstatten. Der öffentliche Sitzungsteil von Kommunalparlamenten, auch bei Beschlüssen, muss ausgebaut werden. Dazu gehört die Offenlegung mandatsbezogener Nebeneinkünfte von Kommunalpolitikern, z.B. in Aufsichtsratsgremien oder von Managergehältern in städtischen Beteiligungsunternehmen und deren Begrenzung.

4. Professionalisieren der ehrenamtlichen Kommunalpolitik

Ein erhöhtes Einreichen eigener Anträge der MandatsträgerInnen und Eingaben der BürgerInnen bei gleichzeitig angestrebter Rückläufigkeit der gegenwärtig prozentual noch sehr hohen Anzahl von Verwaltungsanträgen wäre eine Stärkung der kommunalen Demokratie. Das Selbe gilt für eine verstärkte Kontrolle der Verwaltung bei einer gleichzeitig stattfindenden Professionalisierung von ehrenamtlichen KommunalpolitikerInnen. Gemeint ist ein festes monatliches Einkommen wie bei den Landtags- und Bundestagsabgeordneten, um den hohen Anforderungen eines Kommunalmandats ganztägig nachkommen zu können.

Wer meint, dass dieses zu teuer oder sogar unbezahlbar wäre, sollte die Berichte über öffentliche Verschwendung (auch wiederholt in Mülheim) vom Bundes- und Landesrechnungshof sowie vom Bund der Steuerzahler lesen und sich außerdem genauer die öffentlichen Subventionen sowie die Zuschüsse an Private ansehen. Geld ist vorhanden - aber wo geht es hin?!

5. Wahlverfahren und Verwaltungsstrukturreform

Die Stichwahl bei der Oberbürgermeisterwahl muss wieder eingeführt, die Legislaturperiode der Bürgermeister und Landräte, im Einklang mit den Wahlen zu Rat und Bezirksvertretungen, wieder auf fünf Jahre verkürzt werden.

Die BürgerInnen sollten größere Wahlmöglichkeiten mit mehreren Stimmanteilen auf den Wahllisten erhalten. Dies kann geschehen durch das Einführen der Methode „Kumulieren“ (Häufungsmöglichkeit von Stimmen für eine/n oder mehrere KandidatInnen) und „Panaschieren“ (Stimm-Mischmöglichkeit für KandidatInnen verschiedener Parteien) ins kommunale Wahlrecht! Außerdem könnten sie so, mit mehreren Stimmen, mögliche Koalitionen bestimmen. Das ist der korrektere WählerInnenwille, unabhängig von Beteiligungsunternehmen und deren Begrenzung.

Verwaltungsstrukturreformen, die zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben oder zur Verlagerung von Lasten auf die Kommunen führen, lehnt DIE LINKE. Mülheim-Ruhr ab. Dies gilt auch für solche Verwaltungsstrukturreformen, die ausschließlich darauf zielen, Personal abzubauen. Aufgabenkritik muss sich an Verbesserungen für die EinwohnerInnen orientieren und unter Beteiligung von MitarbeiterInnen, Personalvertretungen und Gewerkschaften stattfinden.

6. Entscheidungs- und Vetorecht gegenüber Landes- und Bundespolitik

Eine Empfehlung zum Schluss: Analog zum Bundesrat als Vertretung für die Länderinteressen benötigen die Kommunen institutionalisierte Mitbestimmungs-, Entscheidungs- und Veto-Rechte.

V. Stadtentwicklung - Wohnen und Energie – Umwelt – Verkehr

1. Stadtentwicklung

Unsere Alternativen: Zu unserem Leitbild gehört eine sozial gerechte Flächenverteilung und –nutzungsmöglichkeit. DIE LINKE. Mülheim-Ruhr tritt für eine solidarische Stadtentwicklung, eine menschenwürdige und lebendige Stadt für alle, ein.

Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Freizeitmöglichkeiten und Erholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller ausgerichtet werden. Es geht um nicht weniger als um gerechte Flächennutzungsmöglichkeiten zum verpflichtenden Gemeinwohl und die zentrale Frage der Steuerung von Stadtentwicklung. Die ist angesichts des defizitären Haushalts auch perspektivisch immer weniger möglich, wenn weiter städtischer Grund und Boden, der ein gemeinsames Gut darstellt, an Private verscherbelt wird. Die Stadtfläche ist nun einmal eine nicht vermehrbare, knappe Ressource mit pluralistischen Nutzungsansprüchen und sollte offen gehalten werden für zukünftige Entwicklungen und Gestaltungsmöglichkeiten. Als Gebietskörperschaft öffentlichen Rechts sollte die Kommune die Planungshoheit über die räumliche Aufteilung des Stadtgebietes behalten.

Aber infolge ihrer chronischen Unterfinanzierung, der strukturellen Überschuldung mit der ständigen Bedrohung eines Sozialkürzungs-Kommissars sowie der bald einzuhaltenden „Schuldenbremse“ verkaufen die Gemeinden ihre Grundstücke und sind mit den stumpfen, nachgeordneten Instrumenten des Flächennutzungsplans, der Bauleitplanung und des Bebauungsplans hoffnungslos der weiteren Privatisierung und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums ausgeliefert. Das widerspricht dem Gebot „Eigentum verpflichtet“ des Grundgesetzes (Art. 14), das nicht nur das private, sondern insbesondere auch das öffentliche Eigen

tum meint. Es verpflichtet die Stadt Mülheim, das Gemeineigentum zum Gemeinwohl einzusetzen, insbesondere auch zur Daseinsvorsorge. Deshalb gilt es, die bindende soziale Verpflichtung einzuhalten und ab sofort öffentliche Flächen und Grundstücke in Mülheim nur noch als (Erb-)Pacht zu vergeben, um der schleichenden Enteignung Einhalt zu gebieten und die Gegenwartsgestaltung sowie die Zukunftsplanung nicht den Zufällen des unsozialen Marktes und den potenten Käufern zu überlassen.

Auch deshalb fordert DIE LINKE. Mülheim-Ruhr die Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren sowie die Einschränkung beschleunigter Verfahren. Außerdem wollen wir die vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und Industrie sowie die konsequente Verpflichtung zur Altlastenbeseitigung durch die früheren Besitzer beziehungsweise Nutzer.

Um nicht von ansiedlungswilligen, Raum fordernden, Unternehmen bzw. Investoren mit benachbarten Kommunen im regionalen Umkreis gegeneinander ausgespielt zu werden, sollte von der Stadt Mülheim eine verstärkte Kooperation über MEO (MH, E, OB) + DU und dem RVR (Regionalverband Ruhr) angestrebt werden. Denn bei der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser oder der Abfallbeseitigung ist oft eine regionale Kooperation zwingend erforderlich. Auch bei Freizeit und Kultur nutzen die Menschen in Städten und Gemeinden nicht nur die Angebote ihres Wohnortes. Dieser Tatsachenbestand verlangt nach einer Verbesserung des rechtlichen Rahmens zur Erarbeitung Kommunegrenzen übergreifender Flächennutzungs- und Bebauungspläne, um z.B. gemeinsame Gewerbegebiete entwickeln zu können.

Darüber hinaus ist eine weitere Stärkung des RVR als regionaler, kommunaler Verband erforderlich, der auf entsprechend vereinbarter Grundlage auch Aufgaben der Kommunen übernehmen darf. Außerdem muss die von verschiedenen Kommunen angestrebte Kooperation im Bereich der Geodatenverwaltung durch Änderung der NRW-Gemeindeordnung auch in kommunalen Gemeinschaften öffentlichen Rechts ermöglicht werden.

Verschärfend wirkt die Wohnungsknappheit bei Räumen mit bezahlbaren Mieten und gutem Qualitätsstandard durch die Aufkäufe von nicht hier Ansässigen zu Spekulations- und Gewinnmaximierungs-Zwecken, zum Teil betrieben von REITs (Real Estate Investment Trusts) und sog. „Miethaien“. Deshalb plakatierte DIE LINKE. Mülheim-Ruhr bereits im letzten Landtagswahlkampf die Parole *„Miethaie zu Fischstäbchen!“.* Generell sollte gelten: *„Wohnen sollte keine Ware sein“,* denn Wohnen ist ein Grundbedürfnis.

In diesem Zusammenhang ist die jetzt in Mülheim pauschal eingeführte Zweitwohnungssteuer alles andere als hilfreich, insbesondere für StudentInnen der begrüßenswerten neuen Fachhochschule Ruhr West bzw. für Auszubildende von auswärts.

Statt Mittelkürzungen beim Bund-Länder-Projekt „Soziale Stadt“ und dem „Stadtumbau West“ müssen Stadtentwicklungsprojekte unbedingt erhalten und weiterentwickelt werden, um die Gegensätze von armen und reichen Stadtteilen abzubauen. Stadtteile mit sozialen Problemen, wie z. B. Eppinghofen, Dümpten und Styrum müssen mit Hilfe eines Quartiersmanagements in die Lage versetzt werden, noch umfangreichere soziale Netzwerke aufzubauen. Es droht eine weitere soziale Spaltung und Polarisierung der Stadt, verschärft durch neue Ungleichheiten auf dem Wohnungsmarkt mit zusätzlich vernachlässigter Infrastruktur in den Stadtteilen insbesondere im Mülheimer Norden. Beide Projekte sehen die soziale, altersmäßige und ethnische „Durchmischung von Stadtteilen“ vor, einschließlich einer Verbesserung der auf die Wohnviertel bezogenen Lebensqualität.

Dabei geht es auch um die stadtteilbezogene Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Verkehrs-Ballungen in der Innenstadt, die zu zusätzlichen

Umwelt- und Gesundheitsproblemen führt: *„Stadt der kurzen Wege“* ist unsere Alternative. Allein seit 2009 sind die Fördermittel des Bundes für die Verbesserung der Infrastruktur und des Wohnumfeldes in den Kommunen um mehr als 60 Prozent gekürzt worden. Jedoch sind die Aufgaben in den Stadtteilen und im Quartiersmanagement vor allem für die hoch verschuldeten Kommunen kaum noch zu bewältigen, die außerdem ein Drittel der Kosten dieser - auch vom Land NRW mitfinanzierten - Städtebauförderung tragen. So sollen künftig Private – wie etwa Wohnungsbaugesellschaften oder Stiftungen – in das Programm „Soziale Stadt“ mit einbezogen werden. Bund und Land stehlen sich aus der Verantwortung für ein primäres Menschenrecht, dem des menschenwürdigen Wohnens (Grundgesetz Artikel 1 und rechtsverbindliche UN-Menschenrechtserklärung v. 1948, Artikel 25).

Notwendigkeit unserer Vorschläge: Trotz sinkender Bevölkerungszahl und vorhandener Gewerbe-Brachflächen werden seit 1979 ständig (Grün-)Flächen weiter versiegelt. Der Mehrheitsbevölkerung in Mülheim wird buchstäblich „der Boden unter den Füßen weggezogen“. *Wem gehört die Stadt?* sollte die entscheidende Frage sein. Dabei geht es uns primär um Struktur-Korrekturen, damit das öffentliche Hab und Gut nicht weiter den Marktgesetzen unterworfen und es Großunternehmen und -investoren sowie den Vermögenden als Schnäppchen angeboten wird, sondern damit es seiner Sozialverpflichtung nachkommen kann. Auch haushaltsbezogen hat (Erb-)Pacht gegenüber einmaligem Verkauf den unbestreitbaren Vorteil einer beständigen Einnahme. In Gesprächen mit uns kommt oft zum Ausdruck, dass die Menschen hier nicht wünschen, dass ihr Lebensraum weiter zubetoniert und sie in bestimmten Stadtgebieten in Betonsilos „übereinander gestapelt“ werden, während wenige Menschen, die es sich leisten können, sich in der Fläche immer weiter ausbreiten. Hier sieht die Mülheimer LINKE Gegensteuerungsbedarf für eine verantwortungsbewusste Stadtplanung. Diese Maßnahme verhindert keinesfalls privaten Wohnungsbau und private Wirtschaftstätigkeit. Aber die am Gemeinwohl orientierte Politik hätte dann vor der Ökonomie die demokratische Verfügungskompetenz und perspektivisch das jederzeitige Rückgriffsrecht auf das öffentliche Eigentum, das es dann nach wie vor bliebe. Andernfalls wäre es für alle Zeiten für die Mehrheit so gut wie verloren. Außerdem wäre der örtlichen Bodenspekulation zumindest im direkten kommunalen Einflussbereich Einhalt geboten.

Nicht zuletzt ist die Förderung des Denkmalschutzes durch die Kommune wichtig, da Kommunen erst durch ihre Geschichte ein Gesicht erhalten und somit identitätsstiftend werden. Es darf nicht alles „platt gemacht“ werden, um renditeträchtigen Objekten und Projekten zu weichen. Leider zeichnet sich in Mülheim diese traurige Realität ab. Selbst als Tourismusmagnet könnte der Denkmalschutz ein örtlich belebender zusätzlicher Wirtschaftsfaktor sein.

Auch unter den Bedingungen des Klimawandels müssen Großstädte wie Mülheim menschenwürdig bleiben. Es müssen mehr Freiflächen für den lokalen Freiraumbedarf erhalten und geschaffen werden. Das ist nicht zuletzt für die Verbesserung der Luftverhältnisse unerlässlich. Der auch von der Landesregierung als Ziel angestrebte Null-Flächenverbrauch erfordert ein Umsteuern städtischer Bauleitplanung. Immer neue Einfamilienhaus-Wohngebiete auf Freiflächen sind ebenso ein Tabu wie Gewerbebetriebe oder Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“. Selbst auf offiziellen Stadtseiten-Infos heißt es: *„Eine Vermeidung von weiterem Flächenverbrauch ist aktiver Bodenschutz und somit auch Klimaschutz“* verbunden mit dem Vorschlag *„Der Boden hat eine Kühlfunktion, die versiegelte Flächen nicht mehr besitzen. Durch die Entsiegelung von Flächen und Innenstadtgärten kann Boden wieder zurückgewonnen werden.“* Wenn man doch auch nur danach handeln würde!

Unter Berücksichtigung all dessen haben „Großmannssucht-Projekte“ wie Ruhrbania in Mülheim auch im übertragenen Sinne keinen Platz, zumal sie auf dem Wahn einer nicht (mehr) gegebenen Strategie eines kontinuierlichen ökonomischen Wachstums bauen. Sie zerstören zentrumsnahe Grün- und Erholungsflächen, verschandeln das Stadtbild, binden (nicht vor

handene) Mittel (= Schulden) und verhindern viele kleine Projekte in den Stadtteilen. Mülheim besteht nicht nur aus der Innenstadt - ebenso geht es um die Lebensqualität in den Stadtteilen. Hierzu gilt es nach dem Leitbild „*Stadt der kurzen Wege*“ (gerade auch für Kinder, Menschen mit Handicap, Senioren sowie Einkommensschwache), wohnungsnahes Grün, Spielflächen sowie Aufenthaltsqualität in den Quartieren zu erhalten und auszubauen, zumal in einer Stadt wie Mülheim mit sinkender Bevölkerungszahl. Nicht zuletzt geht es auch um die Erhaltung von Frischluftschneisen, welche die Ratsmehrheit aber – wie u. a. bei der Tilsiter Straße und bei Ruhrbania – rücksichtslos weiter zubauen ließ und lässt.

Die räumliche Verteilung der BewohnerInnen in der Stadt ist entscheidend durch Mechanismen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt beeinflusst, denn die Wahlmöglichkeiten bei der Wohnungssuche werden massiv durch das eigene Einkommen begrenzt und führen zu neuen Ungleichheiten auf dem städtischen Wohnungsmarkt.

Nicht zuletzt geht es um Lebensqualität, die durch skandalös immer noch nicht umgesetzte Beschlüsse massiv beeinträchtigt wird – wie die nicht erfolgte Stilllegung des leidigen Flughafens oder die Verlagerung des Fallwerks Jost, beides sogar nachweislich gesundheitsschädlich.

Die Stadtplanung sollte sich auf ihre dienende Funktion für die hier lebenden BürgerInnen besinnen, anstatt sich den Versprechungen einflussreicher Investoren und Spekulanten in Form von selbsternannten „Heilsbringern“ zu unterwerfen.

Zur Innenstadtentwicklung:

Die Gebührenregelung für den Gastronomieaußenbereich soll immer großzügig gehandhabt werden. Die geringeren Gebühren könnten dann (als Empfehlung an die Gastronomie) auch auf die KundInnen umgelegt werden und zu geringeren Getränke- und sonstigen Preisen führen. Das würde zu einer Belebung der Mülheimer Straßen-Cafés führen und wäre aufgrund einer somit vermehrten Kundschaft auch im Sinne der Gastronomie-InhaberInnen. Auch Arbeitslose, RentnerInnen und GeringverdienerInnen könnten sich so vielleicht endlich wieder einmal – auch dann noch ausnahmsweise - einen Café-Besuch leisten.

Ein zu scharfes Nichtraucherschutzgesetz beeinträchtigte die Mülheimer „Kneipenlandschaft“ vehement, weil auch RaucherInnen im Winter auf dem Bürgersteig nicht immun gegen Minus-Temperaturen sind. Die RaucherInnen bleiben dann lieber gleich zu Hause und treffen sich privat.

Hier sollte es eine humane Entschärfung der bestehenden Regelung geben, so dass RaucherInnen nicht mehr auf den Bürgersteig verwiesen sind. E-Zigaretten sollten prinzipiell in Innenräumen geraucht werden können.

Die Situation für den Einzelhandel im Zentrum wird dann noch einmal schwieriger, wenn man die Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel verschlechtert. Die Brachlandschaften aus Ruhrbania-Baufeldern und die Kaufhof-Ruine tragen auch noch einmal ihren Anteil zum Sterben der Innenstadt bei. In der Innenstadt – und nicht nur hier – sollte man auf jegliches Abholzen von Bäumen verzichten, denn BürgerInnen halten sich nur gerne im Zentrum einer Stadt auf, wenn das innerstädtische Umfeld als angenehm empfunden wird. Grünanlagen und Baum-Alleen tragen in nicht unerheblichem Maße zu diesem Wohlbefinden bei.

Die Kaufhof-Ruine ist für die Mülheimer Innenstadt ein stark belastender Dauerskandal. Wir warten noch immer auf eine klare Aussage der Verantwortlichen, aus welchem Grund diese

Ruine überhaupt entstehen konnte und warum sie immer noch weiter verfällt, ohne dass etwas hiergegen unternommen wird. Vielleicht lag der Grund für das Entstehen dieses Schandfleckens mitten im Herzen Mülheims darin, dass seine bisher vorgeschlagenen Verwendungsmöglichkeiten einem privaten Investor nicht gefallen haben könnten, da sie ihm zu wenig Gewinn gebracht hätten? Diese Ruine muss abgerissen werden. Allerdings ist es nicht die Aufgabe des Steuerzahlers, hier einzuspringen. Wer die einstigen Profite erwirtschaftet hat, der ist auch für den Abriss zuständig. Es geht nicht an, dass die Mülheimer Bevölkerung den Abriss zahlt. Als Standort für die VHS, das Bürgeramt oder das Gesundheitshaus, mit der Stadt als Ankermieter, wäre die Kaufhof-Ruine absolut ungeeignet. Auch die Nutzung als vorübergehende Fachhochschule wurde vom Land – sehr nachvollziehbarer Weise – schon vor 2 Jahren abgelehnt, da nicht nur ungeeignet, sondern auch zu teuer. Wir befürworten die durchaus mögliche Enteignung aufgrund des Planungsrechts und lehnen eine Entschädigung von Hoffmeister durch die öffentliche Hand in erwartbarer Höhe von beinahe 2 Millionen Euro strikt ab. Hoffmeister hat in Mülheim bereits genug Profit erwirtschaftet, mit dem Einkaufszentrum Dümptener Tor, mit der neuen Feuerwehr, mit der neuen Fachhochschule und nicht zuletzt mit der Sozialagentur im Easy-Tower. Jetzt liegt es an ihm, mit dem Abriss der Kaufhof-Ruine auch einmal etwas für die Einwohnerinnen und Einwohner sowie die angrenzenden Ladenlokale zu tun. Insbesondere die Mülheimer SPD sollte sich auch einmal mit den Besitzern der angrenzenden Ladenlokale zusammensetzen – und nicht nur mit Hoffmeister.

Generell sinnvoll und die Kommune bereichernd findet die Mülheimer LINKE die Ansiedlung der Hochschule Ruhr-West. Nur müsste es dann auch bezahlbaren Wohnraum für die Studentinnen und Studenten geben. Die jetzt in Mülheim pauschal eingeführte Zweitwohnungssteuer ist hier alles andere als hilfreich, insbesondere für die Studierenden von auswärts. So unterstützen wir als Mülheimer LINKE bereits seit längerer Zeit die Bürgerinitiative Wissollstraße, die nicht nur den Erhalt der preiswerten Altbauwohnungen in der Wissollstraße einfordert, sondern gleichermaßen den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum generell. Der ist auch im Zentrum notwendig, um die Mülheimer Innenstadt zu beleben. Mehrgenerationen-Wohnprojekte wären hier ebenfalls empfehlenswert – aber immer zu bezahlbaren Mieten. Viele Jugendliche besuchen das Autonome Zentrum. Das AZ sollte unbedingt auch weiterhin finanziell gefördert werden, denn gerade für Jugendliche ist das Angebot in Mülheim nicht ausreichend. Das Autonome Zentrum muss daher unbedingt erhalten bleiben. Gemeinnützige Vereine z. B. im Kulturbereich, die in der Innenstadt ihre Räumlichkeiten eröffnen, sollten kommunale Zuschüsse beantragen und diese sollten dann von den kommunalen Gremien auch bewilligt werden.

Letztendlich liegt das Problem aber tiefer und auf bundes- sowie europapolitischer Ebene.

Die desaströse Situation der Innenstadt stellt ein Problem dar, dass nicht alleine von der Kommune gelöst werden kann, sondern es muss ganz einfach wieder die finanzielle Ausgangslage vieler Menschen grundsätzlich gestärkt werden. Die Löhne müssen erhöht werden, die Renten ebenfalls, die Sozialleistungen und das Arbeitslosengeld müssen deutlich nach oben raufgesetzt werden. Hierdurch würde die Binnennachfrage gestärkt - und der Wirtschaftskreislauf würde intensiviert. Auch Mülheims Innenstadt würde hiervon profitieren. Allerdings sind hier die Regierungspolitiker auf Bundesebene gefragt und müssten auch von ihren ParteigenossInnen auf lokaler Ebene angestoßen und in die richtige Richtung geschoben werden. Auf europäischer Ebene gilt das Selbe: Mehr volkswirtschaftliches Denken anstatt kleinkarierter betriebswirtschaftlicher Einsparmaßnahmen, mit denen jede mögliche Entwicklung auch in den Kommunen kaputtgespart wird!

2 Wohnen und Energie

Wohnen muss bezahlbar und menschenwürdig sein! Erneuerbare Energie inklusive!

"Um klar zu sehen, genügt ein Wechsel der Blickrichtung." (Antoine de Saint-Exupéry)

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Es ist ein Menschenrecht, ein national verbindliches Grundrecht der Menschenrechts-Charta von 1948 (Art. 25). Daher muss eine gute und sichere Wohnung mit zeitgemäßen Standards auch bezahlbar sein. Dazu sollte das Recht auf eine gesunde Wohnumwelt gehören, auf soziale Nachbarschaften und intakte Stadtteile, auf Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und auf Teilhabe an der Stadt. Eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik gehört als Daseinsvorsorge zu den unverzichtbaren Kernaufgaben der Sozialstaats-Gesellschaft, eben auch der Gemeinde.

Bund, Länder und Gemeinden müssen mehr Geld für sozialen Miet-Wohnungsbau in die Hand nehmen – und damit klug umgehen. Bisherige Bauprojekte gingen langfristig auf Kosten von MieterInnen und Steuerkasse, während Banken und InvestorInnen enorme Renditen einstrichen. Spekulation mit Wohnraum ist asozial! Es besteht dringender Bedarf an Mietwohnungen mit Sozialbindung, und zwar bedarfsgerecht, barrierefrei, ökologisch und energieeffizient mit Förderung alternativer Wohnformen wie Wohngemeinschaften und Mehrgenerationen-Wohnprojekten. Insbesondere sind auch mehr Genossenschafts-Wohnungen zu fördern!

Für alternative Wohnformen, wie z.B. das Projekt Wissollstraße, muss es Sicherheit geben. Wenn darüber hinaus Möglichkeiten zur sozialen Nutzung geschaffen werden gegen spekulativen Leerstand bzw. Abriss, dann ist dies ein richtiger Schritt der Aneignung und der Nutzung, den DIE LINKE. Mülheim-Ruhr begrüßt und unterstützt.

Außerdem erforderlich für die Durchsetzung einer sozialen, demokratischen und ökologischen Wohnungspolitik ist es, wenn sich die MieterInnen auch selbst dafür engagieren. Wir werden die Selbstorganisation der MieterInnen fördern und Mieterproteste unterstützen. Die Stadt ihrerseits sollte ihre Zusammenarbeit mit den örtlichen Mietervereinen intensivieren, die Gründung von Mieterräten – vor allem in den kommunalen Wohnungsbeständen – fördern und selbstverwaltete Wohnprojekte unterstützen.

Ja zu genossenschaftlichem Wohnen, allerdings nur mit Vorbehalten beim sich wandelnden Geschäftsmodell der genossenschaftlichen MWB (Mülheimer Wohnungsbau eG), die zudem durch Personalunion mit der dominanten Rats- und Verwaltungs-Partei, der SPD, verfilzt sein könnte.

Sie beteiligt sich zunehmend an riskanten und luxuriösen Projekten wie zum Teil am Stadt-Pleite-Projekt Ruhrbania und steuert mehr in Richtung der ehemals gescheiterten sozialen Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat, die, statt sich ihres Sozialauftrags zu besinnen, zunehmend in den vermeintlich lukrativeren privaten Wohnungssektor investierte. Auch die Geschäftspolitik der SWB (SWB-Service-Wohnungsvermietungs- und Baugesellschaft mbH), an der die Stadt einen Anteil von 50 Prozent hält, ist nicht kritikfrei. Immerhin finanziert sie den fertiggestellten Umbau des historischen Rathauses, dessen Kosten geradezu explodierten: Gelder, die an notwendigen Renovierungen ihres Wohnungsbestands fehlen.

Kommunale Wohnungsunternehmen müssen dauerhaft in kommunaler Hand bleiben und kommen auch für eine Veräußerung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung für DIE LINKE. Mülheim-Ruhr nicht in Betracht. Ebenso dürfen die Gewinne kommunaler Wohnungsgesell

schaften nicht zum Stopfen der kommunalen Haushaltslöcher verwendet, sondern müssen für die Schaffung von erschwinglichen Wohnungen eingesetzt werden. Das hängt ganz wesentlich von der Mobilisierung preisgünstiger Grundstücke ab und heißt für die Kommune, ihre Grundstücke nicht zum bestmöglichen Preis zu veräußern, sondern sie vor allem kommunalen und anderen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen für den Bau öffentlich geförderter Wohnungen in Erbpacht zur Verfügung zu stellen. Vom Bund fordern wir, kommunale Vorkaufsrechte auszuweiten und die Kaufpreise in diesen Fällen zu begrenzen.

Die Stadt muss die Instrumente des Städtebaurechtes, wie etwa die soziale Erhaltungssatzung (Milieuschutz-Satzung) nach § 172 des Baugesetzbuches (BauGB), konsequent nutzen, um der Verdrängung von MieterInnen und dem Verlust mietpreisgünstigen Wohnraums entgegenzuwirken.

Das Land hat außerdem den Kommunen die Möglichkeit gegeben, eine Zweckentfremdungs-Satzung zu erlassen. Durch diese Satzung wird jeder Abbruch, jeder Leerstand und jede Nutzungsänderung von Wohnraum genehmigungspflichtig. Die Stadt sollte unverzüglich solche Satzung beschließen.

Eine Gestaltung altersgerechten Wohnens findet in Mülheim nicht im erforderlichen Ausmaß statt, schon gar nicht sozialverträglich. Mülheim hat im Landesdurchschnitt einen erhöhten Anteil von Über-65-Jährigen, insofern besteht besonderer Handlungsbedarf. Die Altersarmut hat hier signifikant seit 2003 zugenommen, ablesbar am Anteil der SGB XII-Berechtigten (u. a. Grundsicherung im Alter, die ab diesem Jahr vom Bund übernommen wurde) - mit entsprechender Aufstockung durch das Sozialamt.

Zwar wird im „Handlungskonzept Wohnen“ (2012), von der Stadt in Auftrag gegeben, darauf hingewiesen, dass das Angebot an kostengünstigen, mittelpreisigen und altersgerechten Wohnungen sowohl im normalen Wohnungsbestand als auch in betreuten Wohnformen „sehr knapp“ sei.

Der größte Handlungsbedarf aber liege bei den privaten Kleineigentümern, die ihre Wohnungsbestände den veränderten Marktbedürfnissen anzupassen hätten und für die „Anreize“ geschaffen werden müssten, z.B. durch die Stadtverwaltung „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“. Dieser Vorschlag verwundert nicht, wenn bei der Studie ausschließlich die einschlägigen, wirtschaftlich interessierten Akteure auf dem Wohnungssektor beratend teilnahmen, nicht aber Interessenvertreter der SeniorInnen wie der Seniorenbeirat der Stadt sowie die auch in Mülheim beratend Tätigen wie der Sozialverband Deutschland e.V., der Sozialverband VDK Mülheim und der Deutsche Mieterbund e.V. (DMB).

Darüber hinaus muss eine grundsätzliche Reform der Regelungen für die Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch (SGB) II (= Hartz IV) und SGB XII (= Armutsrente) erfolgen. Ziel ist die vollständige Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten und die Verhinderung von Zwangsumzügen.

Zu einer menschenwürdigen und überhaupt nutzbaren Wohnung gehört ein einzuführendes Recht auf eine Energiegrundversorgung, die selbst bei Zahlungsverzug nicht einfach eingestellt werden darf, wie dies in letzter Zeit zunehmend geschieht: letztlich eine überwiegend unmittelbare Folge der Verarmungstendenz immer größerer Bevölkerungsteile. Hier ist ein Aufgabengebiet für gemeinnützige Schuldnerberatungen und den kommunalen Sozialdienst als Mittler zu sehen. Deshalb fordert DIE LINKE. Mülheim-Ruhr als Grundrecht für jeden Haushalt eine Energie-Garantie bei Bedürftigkeit, nicht zuletzt angesichts steigender, ungerechtfertigter und unsozialer Energiepreise. Andernfalls wären Wohnungen potenziell unbewohnbar.

Heizkosten müssen wieder im Wohngeld enthalten sein!

Wir wollen außerdem durchsetzen, dass die ortsübliche Vergleichsmiete nicht länger nur auf Basis der Mieten berechnet wird, die in den letzten vier Jahren neu vereinbart oder erhöht wurden, sondern endlich einen halbwegs ehrlichen „Spiegel“ des tatsächlichen Mietniveaus darstellt. Dazu muss der Berechnungszeitraum zumindest auf 10 Jahre ausgedehnt werden.

Kontraproduktiv und damit wieder abzuschaffen ist außerdem die eingeführte Zweitwohnungssteuer in Mülheim, die gerade auch Studierende der neuen HRW (Hochschule Ruhr West) und Auszubildende mit entferntem Erstwohnsitz trifft.

Zur Notwendigkeit unserer Lösungen:
Gesichtspunkt Wohnen: Der Mülheimer Mietspiegel ist 2013 erneut um durchschnittlich 3,5 Prozent gestiegen nach +5,7 Prozent bereits 2012, bei sinkender Bevölkerungszahl in Mülheim sowie bei stagnierenden bzw. sinkenden Löhnen, Gehältern, Renten und Sozial-Transferleistungen. Betroffen sind nicht nur Neuvermietungen, inbegriffen ist auch die geltende Praxis, dass ein Aufschlag von 20 Prozent innerhalb von drei Jahren bei bestehenden Mietverhältnissen legal ist. Die ortsübliche Vergleichsmiete sollte aber so berechnet werden, dass preistreibende Faktoren eine geringere Rolle spielen.

Bundesweit werden die weiter erheblich steigenden Mieterhöhungen insbesondere mit der energetischen Gebäudesanierung der sog. Energiewende begründet. Wieso sollen ausgerechnet die MieterInnen die Hauptlast tragen, obwohl ihnen das Haus nicht gehört? Damit nicht genug des Schlechten; das Bundesgesetz von 2013 bewirkt außerdem, dass sich die Investitionen nach gut 10 Jahren für den Vermieter amortisieren, aber der hohe Mietlevel bleibt! Wir werden weiter hiergegen angehen.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr tritt für eine soziale Flächennutzung ein. Rund ein Drittel aller Wohngebäude in Mülheim sind Einfamilienhäuser. Nimmt man die Zweifamilienhäuser hinzu, sind es knapp zwei Drittel mit einem entsprechenden hohen Flächenverbrauch mit weniger Bewohnern als vergleichsweise in Mehrfamilienhäusern.

Das „Handlungskonzept Wohnen“ empfiehlt aber rund 200 Neuwohnungen jährlich mit überwiegend Einfamilien-Eigenheimen für Mülheim. Hinzu kommt, dass (alteingesessene) BewohnerInnen im Stadtzentrum und näherem Einzugsbereich der Stadt aus bisher erschwinglichen Wohnlagen gedrängt werden (Gentrifizierung), um der Umwandlung in Luxussanierungen und Eigentumswohnungen für spekulative Immobilien- und Investmentgesellschaften Platz zu machen.

In den letzten Jahrzehnten wurden wesentliche Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche Wohnungsbestände privatisiert. Der soziale Wohnungsbau ist in weiten Teilen des Landes zum Erliegen gekommen. Kurz: Die Wohnraumversorgung wurde immer mehr dem Markt überlassen.

In der Folge steigen vielerorts die Mieten beständig an, herrscht Mangel an mietpreisgünstigen Wohnungen und viele können sich die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und Heizung nicht mehr leisten. Und gleichzeitig verfallen manche Wohngebiete, weil sich hier Instandhaltung und Modernisierung für die renditeorientierten Eigentümer nicht lohnen.

Gesichtspunkt Energie: Durch die Mietrechts-Novelle der alten Bundesregierung werden die Mieter wesentlich schlechter gestellt: keine Mietminderung in den ersten drei Monaten einer energetischen Sanierungsmaßnahme, Ausweitung der Kündigungsrechte von Vermietern, Räumung auch ohne ordentlichen Gerichtsbeschluss, unsoziale Kostenüberwälzung der energetischen Sanierung. Wir dagegen wollen, dass die Umlage der Kosten energetischer

Sanierungen auf die Jahresmiete reduziert (von derzeit 11 Prozent auf 9 Prozent) und diese Umlage zudem zeitlich begrenzt wird. Bisher können Vermieter die erhöhte Miete verlangen, auch nachdem die Investition längst abbezahlt ist.

Der soziale Aspekt von ungerechtfertigt hohen Strompreisen ist eine wachsende Energiearmut und die hieraus folgenden Stromsperren. Verursacher sind neben den Profitinteressen der Energiekonzerne auch Geschenke an sie von den Mehrheitsparteien - in Mülheim z. B. die erneute Konzessionsvergabe an RWE durch den Stadtrat für weitere Jahrzehnte. Preistreiberei an der Leipziger Strombörse und die politische Befreiung vom Netzentgelt (z.B. für Golfplätze, Autohäuser oder Bistümer sowie großindustrielle Energieverschwender). Die Auswirkungen sind verheerend für die Umwelt und die menschliche Gesundheit, für die Mehrzahl der VerbraucherInnen sowie für Menschen, die sich die Energiekosten nicht mehr leisten können und an den Folgen von Stromsperren physisch und psychisch leiden, nicht zuletzt aufgrund der Unbewohnbarkeit ihrer Wohnung. Wir sehen zwingenden Handlungsbedarf für einen Sockeltarif zur "Strom-Grundversorgung". Der kommunale Energieversorger würde dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhielte. Der Strom oberhalb des Grundkontingents würde entsprechend teurer. Haushalte mit geringem und mittlerem Stromverbrauch würden entlastet, Vielverbraucher hingegen belastet. Desweiteren fordern wir das Verbot von Stromabschaltungen durch den kommunalen Energieversorger.

Die „Energiewende“ läuft falsch und rückwärts, weil die Hauptverursacher von Energieverschwendung und Umweltverpestung nicht heran gezogen werden und selbst die Maßnahmen zur Energieeinsparung z. T. kontraproduktiv sind.

Anstatt in den Gebäuden schwerpunktmäßig anzusetzen, was sich unmittelbar finanziell entlastend und sogar effizienter auf den Energieverbrauch der BewohnerInnen auswirken würde, wird insbesondere die Isolierung der Außenwände eines Hauses mit Styropor und Glas-/Steinfaserwolle propagiert. Somit muss in wenigen Jahren ein riesiger Berg von Sondermüll in Mülheim entsorgt werden, auch in Mülheim.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr tritt für umweltfreundliche Materialien sowie die Doppel- bzw. Dreifachverglasung von Gebäuden ein. Damit bewirken wir auch ein Arbeitsplatz schaffendes Zukunftsprogramm für die örtlichen und regionalen Handwerks- und Kleinbetriebe.

Nachtspeicherheizungen sind energetisch nicht sinnvoll und zu teuer, weil sie mit Strom geheizt werden, nachdem Primärenergieträger erst darin umgewandelt wurden. Gleichermaßen wichtig ist die Art des Brennstoffs bzw. Energieträgers in Richtung auf erneuerbare Energien. NRW ist traditionell das Energieland, verharrt aber weiter auf fossilen Trägern wie insbesondere der umweltschädlichsten Braunkohle und der ebenso emissionsstarken Steinkohle, zu der sich die Mülheimer Ministerpräsidentin Kraft kürzlich nach wie vor als „Freund“ bekannte.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr lehnt die geplante regionale Gewinnung von Erdgas durch das sog. "Fracking" konsequent ab, nicht nur aufgrund der enormen technischen Risiken und derjenigen für die MitbürgerInnen, sondern auch als einen fossilen, erschöpfbaren und emissionsbedeutsamen Energieträger.

Dagegen sind erneuerbare Energien (Wasserkraft, Windenergie, Sonnenstrahlung, Erdwärme, Biomasse, -gas) unbedingt zu bevorzugen, bei deren Produktion aber strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss. Das gilt insbesondere für Biomasse und Wasserkraft. Statt Windräder sind viele Dach-Micro-Anlagen sicher die von den AnwohnerInnen eher akzeptierte Alternative erneuerbarer Energien. Da Dächer auch für aktive So

larnutzung überall vorhanden sind, sollten beide Varianten als wesentliches Kriterium in kommunale Ausschreibungen aufgenommen werden.

Schließlich sind Transportwege durch hohe Energieverluste bzw. -aufwand nicht zielführend, weil im Konzept der erneuerbaren Energie die Dezentralität den Vorrang hat. Daraus folgt, dass der örtliche Ausbau von z. B. Fernheizungen und Blockheizkraftwerken mit erneuerbaren Energieträgern entscheidend zu fördern ist. Das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus ist die Energiewende hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung. DIE LINKE. Mülheim-Ruhr steht deshalb konsequent für eine kommunale und dezentrale Energieerzeugung und –nutzung. Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert und (re)kommunalisiert werden. Die Stadt hat eine Vorbildfunktion und muss in ihrem ureigensten Wirkungsbereich sinnvolle Beispiele bieten: die absolute Energieversorgung durch regenerative Energien bei kommunalen Neubauten und in kurzfristiger Zielstellung ebenfalls in den bestehenden öffentlichen Bestandsgebäuden. Darüber hinaus sollte neben der kommunalen, kostenlosen Energieberatung für alle Menschen eine quartierbezogene Beratung mit EigentümerInnen und MieterInnen geführt werden, um die Quote der energetischen Sanierungen zu erhöhen. Die Kommune sollte bestrebt sein, die energetischen Sanierungen unter der Bedingung der Warmmieten-Neutralität zu unterstützen. Zusätzlich wird ein „energetischer Mietspiegel“ eingeführt, der statt der Kaltmiete die Warmmiete vergleicht.

Nicht zuletzt gilt dies alles auch zur Erfüllung der bereits offiziell erfolgten Selbstverpflichtung „Mülheim als Klimabündnisstadt“.

Wohnen als Grundrecht darf keine Ware sein!
Machen wir uns mit doppelter Energie daran!

3. Umwelt-, Natur- und Tierschutz

Umweltpolitik umfasst die existenziellen Voraussetzungen für Leben. Ohne Wasser, Sonne, Vegetation und gesunde Luft ist kein Leben auf der Erde möglich. Die natürlichen Ressourcen sind als Lebensgrundlage eine Querschnittaufgabe durch alle Verwaltungsressorts. Was aber passiert tatsächlich in Mülheim und welche Alternativen drängen sich auf?

Gute Luft wird ein knappes Gut, denn Frischluftschneisen werden zugebaut (wie in der Tilsiter Straße), Bäume als Sauerstoffspender und Luftfilter wurden und werden widersinnig abgeholzt (vor dem Stadion Styrum; in der ehemaligen Ruhrparkanlage, die Ruhrbania weichen musste; am Schloßberg; in der Cheruskerstraße; demnächst am Auberg, um nur einige zu nennen). Nachpflanzungen finden kaum statt.

Es ist schon eigenartig, dass in einer Stadt wie Mülheim mit sinkenden Einwohnerzahlen und relativ hohem Durchschnittsalter noch immer das begrenzte Stadtareal zugebaut wird. Deshalb muss gelten: Rückbau von Versiegelungen!

Zu gewährleisten ist darüber hinaus der städtische Erhalt und Ausbau von Grünzügen, Gartenanlagen, Naherholungsmöglichkeiten. Auch hier ist es eine Sache der planenden Vernunft, nur noch städtischen Grund und Boden in Pacht zu vergeben, sonst ist die verantwortungsbewusste zukünftige Gestaltung und der kommunale Zugriff fürs Gemeinwohl auf alle Zeiten verloren.

Großstädte wie Mülheim müssen Lebensqualität haben, also sollten mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden, die für die Verbesserung der Luftverhältnisse unerlässlich sind. Der auch von der Landesregierung als Ziel angestrebte Null-Flächenverbrauch erfordert ein

Umsteuern der städtischen Bauleitplanung. Immer neue Wohngebiete auf Freiflächen sind ebenso ein Tabu wie Gewerbebetriebe oder Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“. Das bedeutet auch die Einschränkung des Flächenverbrauchs mit dem Ziel des „Nullverbrauchs“ durch Vorrang für intelligente Innenverdichtung (u. a. durch die Förderung von Innenstadtgärten) sowie die Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch). Der Umbau im Bestand hat für DIE LINKE. Mülheim-Ruhr Vorrang, ebenso - unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen - die Verdichtung schon bebauter Flächen. Darüber hinaus sollten vorrangig gewerbliche Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und Industrie genutzt sowie die früheren Besitzer beziehungsweise Nutzer konsequent zur Altlastenbeseitigung verpflichtet werden.

Zur Sicherung der Verträglichkeit von Wohnen und Industrie müssen die bestehenden Vorgaben wie der Abstandserlass und die Immissionsschutzgesetze eingehalten und ständig überprüft werden. Das sollte auch für das Fallwerk Jost in Speldorf gelten, das seit Jahren die Grenzwerte von toxischen Metallemissionen überschreitet, Lärm verursacht und für umweltschädliche Bodenbelastung verantwortlich ist.

Die Verkehrsprobleme insbesondere in den Ballungsräumen können durch den motorisierten Individualverkehr nicht gelöst werden. Er führt zu enormen Belastungen der Umwelt und der Menschen durch Feinstaub und Lärm, die an großen Verkehrswegen wohnen. Deshalb sind wir für eine durchgehende Umweltzone Ruhrgebiet. „Global denken, regional handeln sowie regional denken, kommunal und kooperativ handeln!“ muss die Devise lauten.

Umwelt und Gesundheit gehören zusammen, insofern sollte für eine seriöse Planung nicht nur ein Bezirks- und Straßenregister für signifikante Häufung von umweltbedingten Erkrankungen erstellt, sondern auch mehr Feinstaub-Messstationen errichtet werden.

Hingegen sind Fahrradwege an beiden Straßenseiten Hilfen für die Mobilitäts-Alternative. Für Fahrräder sollten Radwege auch entlang der frequentierten Hauptverkehrstraßen wie der Aktienstraße, dem Dickswall, dem unteren Teil der Hingbergstraße, der Kaiserstraße/ Werdener Weg/ Zeppelinstraße geschaffen werden. Begleitend sind die Freigabe von Einbahnstraßen und eine bessere Warnbeschilderung (an Abbiegungen und Ein-/Ausfahrten) sinnvoll. Sowohl die Existenz von Fahrradwegen an sich als auch deren problemlose Befahrbarkeit sind wesentlich.

Wer die Energiewende glaubhaft kommunal umsetzen will, darf nicht, wie die örtliche SPD, die CDU und die FDP gängigen Bussen den Vorzug vor Straßenbahnen geben. Die geplante Stilllegung von Straßenbahnlinien zugunsten von Autobussen im Stadtgebiet ist eine gesundheitsschädliche Feinstaubvermehrung. Das ist nicht im Sinne der AnwohnerInnen und ein weiterer Beleg der umweltpolitischen Unglaubwürdigkeit, da Mülheim dem freiwilligen Internationalen Klimabündnis vor vielen Jahren beigetreten ist, mit der nicht eingehaltenen Selbstverpflichtung, den CO2-Ausstoß bis 2010 um 50 Prozent zu reduzieren. Von der Umsetzung des Umweltgipfel-Beschlusses von Rio vor 20 Jahren ganz zu schweigen.

Ebenso falsch ist ein weiteres Festhalten an der Kohle als Energieträger, die unser Klima weiter durch CO2 belastet.

Mächtige Konzerne wie RWE und Eon als Stromerzeuger halten an fossilen Brennstoffen fest, u .a. durch Raubbau und durch - gravierende Umweltschäden verursachende - Billigstkohle aus den USA sowie Kolumbien. Atom-, Energie- und Kohleindustrien wollen ihre satten Erträge weiterhin erwirtschaften und durchkreuzen die zum zweiten Mal beschlossene Energiewende. Obwohl die Stadt eine umweltpolitische Vorbildfunktion zu leisten hat, durch Bezug und Nutzung von ausnahmslos erneuerbarer Energie, wurde der Konzessionsvertrag mit RWE um gut zwei weitere Jahrzehnte verlängert.

Skandalös ist außerdem der Nichtvollzug des Flughafen-Ausstiegsbeschlusses und dessen Blockade insbesondere durch die SPD. Lärm macht krank und Emissionen belasten die Gesundheit.

Fracking im Ruhrtal als Methode zur umweltschädlichen Erdgasgewinnung ist zwar zunächst von der Landesebene auf Eis gelegt, aber nicht grundsätzlich ausgeschlossen, und es gibt entsprechende örtliche Interessenten der Wirtschaft und Politik. Gefährdet wären die Ruhr und das Grundwasser - die eine unmittelbare Wasserversorgung Mülheims gewährleisten. DIE LINKE. Mülheim-Ruhr ist strikt gegen Fracking, nicht nur in Mülheim. RWW (als Tochterfirma von RWE) hält 80 Prozent der Mülheimer Wasserversorgung, die Stadt nur noch 20 Prozent, nach entsprechender Privatisierung. Wir wollen eine Rekommunalisierung der lebenswichtigen Wasserversorgung, auch um den noch nicht von der EU-Kommission aufgegebenen Plänen der Privatisierung des Wassers - trotz des ersten erfolgreichen europäischen Bürgerentscheids - entgegen zu treten.

Innerstädtisch befürworten wir den Erhalt bzw. das Schaffen von Freiluftschneisen, begrünter Gebäudefassaden und unbebauter, naturbelassener öffentlicher Grundstücke. Es ist als Beitrag zum Naturschutz zu betrachten, wenn Grundstücke nicht asphaltiert werden, d. h. wenn auf den Bau weiterer Großraum-Parkplätze verzichtet wird. Weiterer Flächenverbrauch und eine Versiegelung sollte vermieden werden, damit dem Boden nicht noch seine Kühlfunktion, auch als Klimaschutzbeitrag, genommen wird. Ergänzend kann das Konzept des "Urban Gardening" sinnvoll sein, das u. a. die Stadt Andernach begleitend umgesetzt hat. Es fördert neben Umweltaspekten auch den Gemeinschaftssinn und ist Teil einer nachhaltigen Stadtökologie, z.B. als Bienenweide, Grundvoraussetzung für Pflanzen-, Baum- und Strauchbestäubung. Dass hierzu ortsansässige Imkervereine förderungswürdig sind, ist unbezweifelbar. Dasselbe gilt für ortsansässige, gemeinnützige Natur- und Tierschutzvereine, denn wir wollen den Natur- und Artenschutz stärken und vor der Privatisierung schützen.

Öffentliche Wälder, Baumgruppen sowie Solitärbäume erfahren gegenwärtig auch innerstädtisch verwunderliche Abholzungen und Ausdünnungen. Hintergrund ist dabei kaum die Verkehrssicherheit, sondern die öffentliche Haushaltsmisere und verzweifelte Versuche zu deren Sanierung. Holzverkauf erbringt aktuell einen guten Preis. Die Baumpflege in den städtischen Anlagen hingegen kostet Geld, das die Stadtverwaltung wahrscheinlich einsparen möchte. Der Preis aber für verminderte Lebensqualität und Kleinklimaschutz ist die Kehrseite hiervon.

Das Stadtgebiet als vielfältiger Lebensraum sollte entsprechend Entfaltungsmöglichkeiten für biologische Vielfalt bieten, um Sauerstoff zum Atmen, Aufenthalts- und Lebensqualität sowie den Erhalt und Ausbau natürlicher Ressourcen zu gewährleisten.

Zum Naturschutz gehören selbstverständlich Tiere, Nutztiere wie auch Haustiere, für deren artgerechte Haltung wir eintreten. Kein geeignetes Mittel erscheint uns dagegen die generell übertrieben hohe Hundesteuer in Mülheim zu sein, nicht zuletzt aus sozialpolitischer Sicht. Hundehaltung verpflichtet auch zur Einhaltung von Regeln, die leider insbesondere in den Ruhrauen als Schutz für standortgebundene Tierarten und Zugvögel nicht immer eingehalten werden. Hier besteht weiter Handlungsbedarf, auch durch bürgerschaftliches Engagement.

Der konsequente Schutz wildlebender Tiere gebietet, deren Haltung in Haushalten zu untersagen.

Tiermessen lehnen wir ab - sie sollten von der Kommune nicht genehmigt werden, weil Tiere auf Messen oft nur noch als Ware unter Design- und Modeaspekten anstatt als Lebewesen betrachtet werden. Hier wird ein künstlicher und kurzfristiger „Bedarf“ geschaffen. Dessen Folgen belasten auch das örtliche Tierheim in der Horbeckstraße, nicht nur bei ausgesetzten

Tieren. Für die öffentliche Unterstützung des Tierheims treten wir ein. Aus ornithologischer Sicht, also die Vogelwelt betreffend, ist es - neben dem Energiespareffekt - sinnvoll, öffentliche Gebäude nachts nicht zu beleuchten.

Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von Avaaz, einer gemeinnützigen Organisation und Initiatorin internationaler Petitionen für Menschenrechte und Umweltschutz, sind ganze 82 Prozent der hiesigen Bevölkerung für eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien. Von der Energiewende hängt schließlich eine klimafreundliche Gegenwart und Zukunft für uns und für die nachwachsenden Generationen ab! Die Mülheimer Kommunalpolitik sollte das beachten!

4. Verkehr

Der motorisierte Individualverkehr nimmt überhand, besonders in den Ballungsräumen: Das führt zu enormen Belastungen der Umwelt. Beim öffentlichen Personennahverkehr hingegen wird gespart. Straßenbahnen werden abgeschafft, Buslinien verkürzt und Taktzeiten verschlechtert. So schränkt sich für die Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, Mobilität immer mehr ein. Dringende Ausbau- oder Verkehrssicherheitsmaßnahmen werden aus Kostengründen nur zögerlich umgesetzt oder unterbleiben ganz. Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen insbesondere Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. DIE LINKE. Mülheim-Ruhr will den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen, zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs, sowie die Verwirklichung eines Grundrechts auf Mobilität für alle. Die Bereitstellung eines bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehrs ist für uns eine sozial und ökologisch lösbare Herausforderung. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, den nicht mehr nachzuvollziehenden Sparmaßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr intelligente und kontinuierlich zu modifizierende Verkehrskonzepte entgegen zu setzen, die eine ökologisch sinnvolle Mobilität für alle gewährleisten.

Das Zurückdrängen des Autos aus den Innenstädten kann nur gelingen, wenn als Alternative neben Bus und Bahn auch ein gut ausgebautes und gewartetes Radwegenetz zur Verfügung steht, das Fahrten ohne störende oder gefährliche Unterbrechungen gewährleistet. Hierbei müssen die Kommunen beim Land auf ausreichende Finanzierung drängen.

In einem großstädtischen Ballungsraum wie Mülheim an der Ruhr sind attraktive Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel besonders wichtig. Denn sonst verfehlen gut ausgebaute ruhrgebietsweite Verkehrsnetze ihren Sinn. Die geplante Taktzeit-Verschlechterung der Linien 102, 104 und 112 vom bestehenden10-Minuten-Takt auf einen dann zukünftigen 15-Minuten-Takt ist daher nicht hinnehmbar. Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Deshalb ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, Mobilität für die Menschen zu sichern. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und ökologisches Verkehrssystem gerecht zu werden. Wenn Verkehrsnetze rentabel sein müssen, geht das zwangsläufig auf Kosten von Takten und Strecken außerhalb der hauptsächlich befahrenen Routen.

Initiativen zu mehr Teilhabe von Menschen ohne Auto an Mobilität müssen her. Dazu gehören Sozialtickets zum Null-Tarif, Jugend- und Seniorentarife. Die Firmen- oder Jobtickets sind attraktiver zu gestalten. Eine deutliche Erhöhung des Anteils von Öffentlichem Personennahverkehr, des Verkehrsaufkommen zu Fuß und des Radverkehrs ist unser erklärtes Ziel. Hierzu müssen Verkehrspläne aufgestellt bzw. angepasst werden die als verbindliche Ziele sozial-ökologische Schritte und attraktive Angebote enthalten. Eine Einrichtung von

Umweltzonen in Gebieten, in denen die Belastungen zu groß sind, ist notwendig, um hohe Feinstaub- und CO2-Belastungen zu verringern. Die demokratischen Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern über die kommunale Mobilität müssen dahingehend optimiert werden, dass diese nicht nur in öffentlichen Veranstaltungen zum Thema „Verkehr“ befragt werden, sondern dass die Kommune die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger dann auch tatsächlich umsetzt.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr spricht sich auch weiterhin für den Erhalt der Straßenbahn-Linie 110 aus. Wieder einmal treffen kommunale Einsparmaßnahmen mit Styrum einen der gegenwärtig bereits unterversorgten ärmeren Stadtteile, in dem viele Menschen wohnen, denen aus finanziellen Gründen gar keine andere Alternative zur Verfügung steht, um z. B. zur Stadtmitte zu gelangen. Nach den Grundschulschließungen einschließlich der hiermit einhergehenden längeren Fußwege sollen jetzt mit den Einsparmaßnahmen im ÖPNV auch die Erwachsenen auf unbequeme „Mobilitätsalternativen“ verwiesen werden. Den Styrumer Bürgerbus, dessen Betrieb die Bezirksvertretung 2 bereits mehrere vierstellige Summen kostete, die für sozialpolitische Stadtteilprojekte dann nicht mehr zur Verfügung standen, betrachten wir als bereits frühzeitigen Bestandteil des gegenwärtigen Einsparkonzepts. Unverständlich ist uns, warum der Bürgerbus nicht mit einem hierfür bereitgestellten kostenlosen Sozialticket genutzt werden kann, obwohl hier ehrenamtlich arbeitende FahrerInnen eingesetzt sind, obwohl der Bürgerbus mit Mitteln aus der Bezirksvertretung 2 ständig subventioniert wird und obwohl in Styrum viele Menschen leben, die ALG I oder ALG II beziehen – das geforderte Fahrgeld für relativ kurze Strecken können Menschen in prekärer finanzieller Lage nicht aufbringen. Sie gehen in Styrum nach wie vor zu Fuß.

Die von Oberhausen vorgeschlagene „Lösung“ einer Buslinie SB 90 als „Ersatz“ für die Straßenbahnlinie 110 mit einer Route über die Friesen-, Steinkamp-, Kaiser-Wilhelm- und Oberhausener Straße bis zum Sültenfuß halten wir für gar keine Lösung, denn diese Strecke ist bereits gegenwärtig (zumindest an Werktagen) durch die Buslinie 129 vollständig abgedeckt und ersetzt die Straßenbahnlinie 110 nicht, die zum überwiegenden Teil in einem ganz anderen Stadtteilgebiet verkehrt.

Eine neue Mülheimer Buslinie ab Ruhrpark über Friesenstraße, Bahnhof Styrum, Hauskampstraße, Limburgstraße und Moritzstraße (sowie Schloß Styrum und Aquarius) bis zur Innenstadt halten wir als „Notlösung“ zumindest sinnvoller als die von Oberhausen vorgeschlagene „Lösung“, plädieren aber weiterhin für den Erhalt der Straßenbahn als das für die Fahrgäste komfortablere und ökologisch weit sinnvollere Verkehrsmittel. Die verlängerte Fahrtzeit der Buslinie 129 bis werktags 24 Uhr begrüßen wir ausdrücklich, stellen uns aber gleichzeitig die Frage, warum dieser Bus als einzige Direktverbindung zwischen den Stadtteilen Styrum und Dümpten nicht auch an Samstagabenden und Sonntagen eingesetzt werden soll? Dieses sind nur einige konkrete Beispiele für die Tatsache, dass die bisherigen Vorschläge zum ÖPNV-Nahverkehrsplan nicht nur verbesserungswürdig sind, sondern dass ein komplett neuer, alternativer Plan erforderlich ist. Die Mülheimer LINKE wird alle Kürzungsvorschläge zwecks Einschränkens oder gar Abschaffens von Straßenbahn- oder Buslinien bzw. von deren Teilstrecken in den kommunalen Gremien ablehnen, denn der öffentliche Personennahverkehr ist ein aus Steuern finanzierter Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Ein neuer ÖPNV-Nahverkehrsplan böte die Chance, auch Verbesserungen für die Fahrgäste anzubieten – Wir können, bis auf sehr wenige Ausnahmen, wie die oben dargelegten Beispiele belegen, aber nur Verschlechterungen des Angebots für die Fahrgäste aufgrund beabsichtigter finanzieller Einsparungen entdecken, während die Ticket-Preise kontinuierlich

steigen und lehnen den ÖPNV-Nahverkehrsplan in der bestehenden Form daher insgesamt ab.

Abschließend möchten wir die MVG darauf aufmerksam machen, dass ein Nahverkehr mit „ausgedünnter Personaldecke“ allzu leicht dazu führen kann, dass im Krankheitsfalle von Mitarbeitern Fahrgäste längere Zeit an einer Haltestelle stehen, in der oftmals vergeblichen Hoffnung, dass das betreffende Verkehrsmittel doch noch käme. Die Benachrichtigung der Fahrgäste bei verspätet eintreffenden oder ganz ausfallenden Bussen und Bahnen ist katastrophal. Bei der gegenwärtigen Höhe der Fahrpreise wäre eine dementsprechende Serviceleistung der MVG eine sicher umsetzbare Forderung.

VI. Wirtschaft – Finanzen - Haushalt

1. Die Städte und Gemeinden gehören uns, weil wir hier leben. Aber wem gehören sie wirklich?

Die kommunale Infrastruktur ist eine elementare Voraussetzung für den Sozialstaat, für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für ein sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger. In der Bevölkerung hat sich inzwischen die Meinung verfestigt, dass die Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe auch und insbesondere in die kommunale und öffentliche Hand gehört. Die kommunale Infrastruktur ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die im Grundgesetz garantierte Selbstverwaltung der Kommunen erfordert dafür ausreichende Finanzen. Eine faktische Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Einsparungen, wie sie gegenwärtig in vielen Städten zu beobachten ist, widerspricht diesem Gedanken des Grundgesetzes. Eine gesetzliche Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung ohne Mittelausstattung ist ein Recht, das nicht in Anspruch genommen werden kann. Ohne finanzielle Mittel verliert jede Kommune ihre Handlungsfähigkeit.

Mit über 1 Mrd. Euro hat Mülheim die vierthöchste Pro-Kopf-Verschuldung in NRW. Diese Verschuldung ist u. a. durch die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen insgesamt verursacht und drückt sich in der Explosion der Kassenkredite aus. Das bedeutet, kurzfristig wird Geld geliehen, welches besonders teuer ist. Dieses wird dann sogar noch für dauerhafte Pflichtaufgaben verwendet, d. h. ohne Aussicht auf eine entsprechend zeitnahe Rückzahlungsmöglichkeit! Das chronische Defizit ist einerseits, auch durch die Aufgabenübertragung von Bund und Land an die Kommunen ohne ausreichende Kostendeckung (= Verletzung des im Grundgesetz festgeschriebenen Konnexitätsprinzips), strukturell bedingt.

Andererseits ist dies aber auch selbstverschuldet, durch Prestige- und Leuchtturm-Projekte sowie durch überteuerte ÖPP-Projekte (Öffentlich Private Partnerschaft bei: Medienhaus, Luxus-Rathaussanierung, Ruhrbania, neuer Hauptfeuerwache, 3 Schulen, usw.), die als Umgehung des Haushalts interpretiert werden könnten – und zu einer langfristigen Weiterverschuldung führen werden. Die Bürgerinnen und Bürger der Kommune tragen jegliches Risiko für ein Vierteljahrhundert, der Privatinvestor trägt kein einziges. Zum Beispiel darf die Stadt Mülheim einen entsprechenden Vertrag bei Nichterfüllung durch die andere Seite nicht einklagen. Die Auslagerung von Kernaufgaben in sog. Eigenbetriebe (möglicherweise auch zwecks Verschleierung klar ablesbarer Haushaltszahlen) trug zur Überschuldung der Stadt bei. Darüber hinaus sind aktuell und historisch erstmalig die Werte der RWE-Aktien halbiert, von denen Mülheim unter allen Ruhrgebietsstädten die weitaus meisten besitzt.

Diese jetzt im Wert auf die Hälfte gefallenen RWE-Aktien sind als Aktivposten im Mülheimer Haushalt einkalkuliert!

Millionen Euro hat die Stadt leichtfertig mit Zinswetten verzockt, weitere für nutzlose Gutachten ausgegeben, etliche für die Vergärungsanlage und den chaotischen Verkehrsumbau verschwendet. Als Folge erleben wir in Mülheim eine zunehmende Privatisierung zwecks Haushaltsanierung. Das Verscherbeln des "Tafelsilbers" (u. a. das alte Stadtbad, die Jugendherberge und das Grundstück der alten Musikschule) stellt durch zunehmende Privatisierung einen verzweifelten Versuch der Haushaltssanierung dar. Dieses führt sehr kurzfristig gedacht zu einmaligen Einnahmen, in mittelfristiger Perspektive aber zu einem dauerhaften Einnahmeverzicht, der haushaltstechnisch überaus negativ zu Buche schlägt. Privatisierungen sind Entwendungen von Gemeineigentum!

Ein zusätzlich belastender Dauerskandal ist die Kaufhof-Ruine. Ein veritables Denkmal einer ziel- und konzeptlosen Kommunalpolitik für die Stadt, von deren Verantwortlichen nun erwartet wird, die Basis-Garantie (Anker-Miete) zu übernehmen. Beispiele einer dreisten Erwartungshaltung gewisser Vertreter des "freien" Unternehmertums sind aus vielen Kommunen bekannt. Weitere Sozialisierungen von Schulden können wir - bei privater Gewinngarantie – ebenfalls allüberall erwarten. Die Mülheimer LINKE wird im Stadtrat dagegen stimmen!

Es muss endlich Schluss damit sein, dass in den Städten an allen Ecken und Enden gespart wird - ob beim sozialen Wohnungsbau, bei Schwimmbädern, bei kulturellen oder sozialen Einrichtungen. Wir wehren uns dagegen, dass Städte und Gemeinden systematisch ausgeblutet werden, weil die ehemalige schwarz-gelbe Bundesregierung mit Unterstützung von SPD und Grünen hunderte Milliarden Euro in die Finanzmärkte (zugunsten einer vermögenden Minderheit) versenkt hat, statt sie in die soziale Infrastruktur zu investieren.

Hinzu kommt, dass durch Urteil des Bundesfinanzhofes 2011 eine neue weitere Belastung für die Kommunen entstanden ist, die bisher von der Zahlung der Umsatzsteuer befreit waren. *„Man kann nicht mit derselben Methode, die zum Problem führte, aus ihm heraus“ (Albert Einstein).* Nicht die Ursachen werden beseitigt und die Verursacher zur Verantwortung gezogen, sondern die vermeintlich wehrlose Bevölkerung wird zur Kasse gebeten. Verkehrte Welt!

Erschwerend wirkt sich darüber hinaus das Abwälzen der Folgekosten bei privatwirtschaftlicher Tätigkeit als Ursache von Erwerbslosigkeit und neuer Armut sowie die Steuerentlastung von Vermögenden und Unternehmen durch die letzten Bundesregierungen.

Und über allem schwebt, einer Diktatur vergleichbar, die „Schuldenbremse“, die keine Neuverschuldung (auch) der Gemeinden ab 2020 erlaubt. Diese „Schuldenbremse“ wurde im Bundestag von der Allparteienkoalition über das Grundgesetz und die Gemeindeordnung gestülpt. Dieses Gesetz wird demnächst jede autonome Entscheidung kassieren. Technokratische Sparkommissare werden sich dann rigoros über das verfassungsrechtlich verankerte Staatsziel des Sozialstaats (GG, Art. 20) hinwegsetzen und weitere soziale Kürzungen vornehmen können, ebenso wie die jetzt von der nicht durch Wahlen legitimierten Trias (Europäische Zentralbank, Europäische Kommission, Internationaler Währungsfonds) angeordneten - und von der deutschen „Allparteienkoalition“ gutgeheißenen – für die jeweilige Bevölkerung vieler südeuropäischer EU-Staaten noch weniger hinnehmbaren und ganze Sozialsysteme zerstörenden Maßnahmen durch den europaweiten Fiskalpakt. „Wozu dann noch Wahlen?“, wird sich manch eine/r fragen. Massive Proteste sind vorprogrammiert.

Um nicht missverstanden zu werden: Wir sind nicht für eine bedenkenlose „Schuldenmacherei“, aber gegen eine Kürzungspolitik, die immer nur den sozialen Bereich, d. h. die Mehrheit der Bevölkerung, trifft - und dabei insbesondere die Bedürftigsten, die mit den Ursachen nichts zu tun hatten, noch weiter in die Armut treibt.

Es sind nicht unsere Schulden, nicht wir haben „über unsere Verhältnisse gelebt“ (bei steigender Armut und öffentlicher Verschuldung), sondern die Verursacher wurden mit den Mit

teln der Allgemeinheit gerettet, anstatt zur Kasse gebeten. Für sie wurden Schulden in Milliardenhöhe aufgenommen, die ebenso wie die Spekulationen der WestLB den NRW-Landeshaushalt stark belasten und sinnvolle Maßnahmen für die Gesamtbevölkerung blockieren. Die Höhe der Zinsen und der Zinseszinsen sind auch ein Problem nicht demokratisch legitimierter, nämlich wirtschaftlicher, Macht. Wenn demnächst die historisch niedrigen Zinsen wieder steigen werden, wird das ganze Dilemma öffentlicher Kreditaufnahme - mit drohendem Staatsbankrott - über den privaten Kapitalmarkt deutlich.

Für die hausgemachten Schulden von Luxusprojekten muss bei nachweislichem Verletzen der Sorgfaltspflicht bzw. vorhersehbarem öffentlichem Schaden eine einklagbare persönliche sowie eine Gruppen-Verantwortlichkeit eingeführt werden.

Offiziell sollen sich die Bürgerinnen und Bürger Gedanken machen zum Thema „Wie jetzt weiter?“, so die Mehrheitsparteien im Rat der Stadt. Die in Mülheim geübte Praxis der Bürgerbeteiligung für „Sparvorschläge“ stellt allerdings eine Perversion demokratischer Mitbestimmung dar, denn hier geht es einzig und allein um Streichungen, die dann in Form eines Abwälzens von Verantwortung als „Bürgerwille“ dargestellt werden können. Stattdessen wäre ein tatsächlicher Bürgerhaushalts für nicht weisungsgebundene Aufgaben sinnvoll und notwendig.

Nun soll der NRW-„Kommunal-Soli“ für einen „fairen“ Ausgleich zwischen reichen und armen Kommunen sorgen. Tatsächlich fehlt es aber in beinahe allen Kommunen an finanziellen Mitteln. Hier kann eine Erfahrung aus dem Alltag zur Erkenntnis beitragen: Wenn an einem Ende einer zu kurzen Decke gezogen wird, dann wird diese Lücke nicht beseitigt, sondern nur verlagert. So kommt es dazu, dass einige angeblich reiche Kommunen durch den Finanzausgleich selbst in einen Nothaushalt rutschen.

Ein weiteres Abwürgen verfassungsmäßig garantierter kommunaler Selbständigkeit (GG, Art. 28) erfolgt durch den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, einer von der Landesregierung 34 Kommunen per Diktat aufgezwungenen Haushaltssanierung. Die Offiziellen der Stadt Mülheim wären gern dabei, wir nicht! Sie sind nicht betroffen, da der Pakt „nur“ weitere Kürzungen im Sozialbereich und einen Personalabbau auslöst.

Es gäbe Alternativen, denn nichts ist „alternativlos“:

Um die öffentlichen Einnahmen für die Städte und Gemeinden in NRW zu stärken, braucht es eine komplette Entschuldung und eine dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) auf 28 Prozent. Eine Gegenfinanzierung durch das Einführen einer Millionärssteuer und einer höheren Erbschaftssteuer ist dafür der richtige Weg. Beides käme als Landessteuer dem Land NRW zugute. Dies wird aber von der CDU, der SPD und den Grünen mittlerweile entgegen ihrer Wahlversprechen abgelehnt.

Eine stärkere Berücksichtigung der Kommunen bei den Gemeinschaftssteuern zur Wahrnehmungsmöglichkeit ihrer Aufgaben ist notwendiger denn je.

Es muss eine eigene staatsrechtliche Kammer für die Kommunen mit Vetorecht geschaffen sowie Grundgesetz-Artikel 28 endlich umgesetzt werden!

Die für viele Kommunen wichtigen Regionalen EFRE-Fördermittel der EU dürfen nicht nach den von der Regierung Rüttgers eingeführten und von Rot-Grün fortgesetzten Wettbewerbskriterien vergeben werden, sondern nach regionalpolitischen, sozialen Kriterien.

Zwingend notwendig sind Investitionen sowohl in die marode Infrastruktur als auch zur Daseinsvorsorge anstelle von Luxus- und Prestigeprojekten (wie z. B. Ruhrbania) zum Wohle nur einiger, gut betuchter Bürgerinnen und Bürger sowie insbesondere dem Profitinteresse der Großinvestoren.

Keine weiteren PPP-Projekte (Public Private Partnership) mit Einredeverzicht und hoher Gewinngarantie für die Privaten!

Weg mit der Diktatur der „Schuldenbremse"! Sie erlaubt ab 2020 keine Neuverschuldung der Gemeinden mehr. Das ist der Tod der kommunalen Selbstverwaltung. Was der Fiskalpakt in den Südeuropäischen Ländern an brutal-sozialem Kahlschlag anrichtet, wird auch auf uns zukommen. Kreditaufnahme gehört zum Wesen privatwirtschaftlichen und öffentlichen Wirtschaftens. Die Kommunen sind die wichtigsten Investoren für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur.

Die Finanzierungssicherung soll über eine öffentlich-rechtliche Kreditanstalt (mit kontrollierten Regeln und Auflagen), anstatt über den privat-wirtschaftlichen Kapitalmarkt erfolgen.

Neu einzurichten ist eine Gemeindewirtschaftssteuer, zu der alle Selbständigen herangezogen werden.

Selbstverständlich sollte die persönliche Haftung bzw. die Gruppen-Haftung für die Verschwendung öffentlicher Gelder sein.

Schluss mit dem kostspieligen und überflüssigen externen Berater- und Gutachterunwesen! Berater nehmen sich Berater, um sich beraten zu lassen…

Öffentlicher Grund und Boden darf nur noch in (Erb-)Pacht vergeben werden! Denn der Grund und Boden ist die knappste, nicht vermehrbare, Ressource einer Stadt und als Gemeineigentum buchstäblich Grundlage für nachhaltige Entwicklungen. Dieses Gemeineigentum darf nicht dem kurzfristigen Zufallskalkül privater Interessen überlassen werden!

Für die Kommunalwirtschaft gilt:
Unabdingbar für die lokale Demokratie ist ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohnerinnen und Einwohner durch soziale Dienstleistungen und soziale Tarifstrukturen einzulösen. Durch öffentliche Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge (u. a. Wohnen, Ver- und Entsorgung, Sparkassen) besteht die Möglichkeit, den Warencharakter dieser Dienste zurückzudrängen. Ihre Preise müssen wieder den Charakter von Gebühren annehmen, die im Rat festgelegt werden. Eine Gewährleistung der Kontrolle, d. h. eine Überprüfung der Zwecke der städtischen Unternehmen durch den Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt, ist selbstverständlich erforderlich.

DIE LINKE. Mülheim-Ruhr ist für den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen. Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und deren Folgen dürfen nicht auf den Schultern der unbeteiligten kommunalen Sparkassen ausgetragen werden. Die Privatisierung oder Teilprivatisierung von Sparkassen lehnen wir ab.

Privatisierte Stadtwerke müssen zurück in die öffentliche Hand. Eine Rekommunalisierung ermöglicht demokratische Kontrolle, ständige Einnahmen statt einmaligem Verkaufserlös. Dabei sollen die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten gestärkt und die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Betroffenen-Organisationen in Entscheidungen der Unternehmensführung und Tarifstruktur unmittelbar einbezogen werden.

Die Energieversorgung muss in Form von öffentlichem Eigentum erfolgen. Der Tatbestand des Missbrauchs als Monopol ist längst gegeben. Das widerspricht dem Artikel 27 (1) der NRW-Landesverfassung.

Kommunale Wohnungsunternehmen sollen nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen Wohnungen besitzen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung nehmen (siehe auch im Kapitel "Wohnen und Energie").

Kommunale und regionale Zusammenschlüsse sind eine Alternative zu drohenden Privatisierungen: Kooperation statt unsozialer und ruinöser Konkurrenz!

Insbesondere der Öffentliche Dienst steht im Mittelpunkt neoliberaler Haushaltskonsolidierung, weil hier besonders hohe Einsparpotentiale vorhanden sind. Deshalb muss eine fortschrittliche Kommunalpolitik dafür eintreten, dass nicht nur jeglichem Personalabbau im Öffentlichen Dienst eine konsequente Absage erteilt, sondern im Gegenteil die Forderung erhoben wird, mehr Beschäftigung durch den Ausbau sozialer Dienstleistungen zu schaffen.

Die kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort und den niedrigsten Gewerbesteuersatz für die Ansiedlung von Investoren zielen. Wir sind für die regionale und interkommunale Zusammenarbeit von Städten zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen, für Kooperation und Zusammenarbeit über Städtegrenzen hinweg. Dazu gehört auch die gegenseitige Unterstützung bei der Ansiedlung neuer Gewerbe. Wenn eine Stadt einer anderen eine Gewerbeansiedlung vermittelt, weil sie die entsprechende Fläche nicht zur Verfügung stellen kann, könnten sich die betroffenen Kommunen in den ersten Jahren die Gewerbesteuer teilen.

Die Kommune ist in dreifacher Hinsicht wirtschaftlich tätig und als Wirtschaftsfaktor wichtig:

1. Als Arbeitgeberin für die städtischen Beschäftigten.
2. Als Investorin aller öffentlichen Investitionen (mehr sogar als Land und Bund) und damit als Auftragsgeberin.
3. Im Bereich der Wirtschaftsförderung (Ansiedlung von Unternehmen, Bereitstellung von Grundstücken).

Wir erwarten eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten. Darüber hinaus sind für uns Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung bei Wachdiensten, Fahrdiensten, Sicherheit, Friedhöfen, Reinigung, Wäschereien, Schul- und Hausverwaltungen unabdingbar.

Daher als soziale Vorbildfunktion:

- ✓ Kein Personalabbau im öffentlichen Dienst!
- ✓ Keine prekäre Beschäftigung im Öffentlichen Dienst!
- ✓ Nicht „Der Billigste bekommt den Zuschlag“ bei Auftragsvergabe.
- ✓ Kein weiterer Grundstücksverkauf (stattdessen Erbpacht) und kein weiterer Verkauf öffentlichen Eigentums!
- ✓ Genossenschaften sind zu fördern.

Nicht zuletzt sollte stärker mit den Nachbarstädten kooperiert werden, anstatt sich, wie z. B. bei der Grund- und Gewerbesteuer, mit ruinöser Konkurrenz gegenseitig zu unterbieten.

VII. Schlusswort

Es ist an der Zeit umzusteuern.

Dazu treten wir mit den genannten Vorschlägen im Stadtrat wieder an, um uns auf der bürgerbedeutsamsten politischen Ebene für uns alle einzusetzen.

Wir wollen das Notwendige möglich machen.

Dafür benötigen wir Ihre Unterstützung bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014.

Ihr Kreisverband DIE LINKE. Mülheim-Ruhr

Hier ist DIE LINKE.

DIE LINKE.

Kreisverband
Mülheim an der Ruhr